Nr. 1 Jan./Feb.'92 7. Jahrgang Einzelpreis 4 DM G 7955 F

die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik



Pflegever-UN-sicherung

- Der Bluff mit der Pflege -

EDITORIAL

Das vorliegende Heft ist nun fast pünktlich fertig geworden. Das Zweite der NEUEN Redaktion. Während wir noch die Tiefschläge der Pflegeversicherungsdiskussion verdauen und uns bemühen mit diesem Heft ein Gegengewicht zu den Ver(UN)sicherungs-Plänen der etablierten PolitstrategInnen zu schaffen (siehe Schwerpunkt), flammen andere Meldungen kurzfristig am Medienhimmel auf, bescheinen die bundesdeutsche Realität, um kurz danach als Meldung vom gestrigen Tage in den Papierkorb zu wandern. Zumindest eine, will ich hier kurz festhalten.

Da war also Ilja Seifert, rollstuhlfahrender Bundestagsabgeordneter der PDS-Fraktion, informeller Mitarbeiter (IM) der Staats-Sicherheit in der ehemaligen DDR und mag nun nicht sein Bundestagsmandat zurückgeben. Eine Nachricht die vorbeirauscht im gegenwärtigen 'Auf- und Abdecken' ehemaliger IM's. Eine Nachricht aber, die Ilja Seifert in der nun gesamtdeutschen Behindertenpolitik weiter ins Abseits drängen wird.
Ist doch die PDS als 'SED-Nachfolgeorganisation' eh schon als Schmuddelkind in der Parteienlandschaft verschrien und Ilja Seifert ob seiner Mitgliedschaft in derselben immer wieder hart angegangen worden (vgl. dr, Ausg. Dez. 90/ Febr. 91, 27). Was Lothar Sandfort damals noch "die empfindliche Stelle der Doppelfunktion Seiferts im Allgemeinen Behindertenverband (ABiD) und PDS" nannte, wird nun, durch seine öffentlich gemachte IM-Tätigkeit, zum absoluten Spießrutenlauf werden.
Würde es dem - nicht nur aus diesem Grund in die Enge gedrängten - ABiD helfen, so sinniere ich, wenn Ilja Seifert sein Bundestagsmandat zurückgeben würde? Nein. Seifert ist einer der wenigen AktivistInnen innerhalb des ABiD, die - trotz der bestehenden Widersprüche und Unterschiedlichkeiten - konsequent die Verbindung zur emanzipatorischen West-Scene gesucht hat. Das er hierfür in seinem Verband nicht den nötigen Rückhalt fand, ist nicht seine Schuld. Und doch wäre der Rücktritt von seinem Mandat ein Schritt in Richtung einer politischen Moral und Glaubwürdigkeit, die wir bei anderen PolitikerInnen - sicher in anderen Zusammenhängen - immer gefordert haben.

Die Folgen sind, ob für Ilja Seifert, die PDS oder den ABiD, so oder so, absehbar: Selbst wenn Ilja Seifert niemals jemanden denunziert haben sollte, wird er mit dem Geruch der Stasi-Tätigkeit ins politische Abseits getrieben werden. Dem ABiD könnte es egal sein, denn er ist schon dort - gedrängt durch die an den Fleischtöpfen rund gewordenen Altvorderen-Verbände, die einen weiteren Verband beim Ringen um Einfluß nicht zulassen konnten und können. Hier grassieren Gerüchte, daß bei einigen Verbänden bereits Papiere mit der Aufforderung kursieren, den ABiD explizit zu schneiden. Und dies obwohl dieser von der Mentalität der West-Verbände nicht mehr allzu weit entfernt ist.
Es steht zu befürchten, daß das (behinderten)politische Kesseltreiben nun erst richtig einsetzen wird, die Altvorderen die Gunst der Stunde nutzen, um schubkarrenweise Schlamm gegen den ABiD und seinen Präsidenten zu schmeißen. Daran werden wir uns nicht beteiligen.

Das Magazin dieser Ausgabe ist auf eine Seite zusammengeschrumpft. Alle Magazin-FreundInnen seien hiermit um Verzeihung gebeten.

Unser 'Spendenaufruf' vom letzten Mal, hat die ersten Erfolge gezeitigt und dies, obwohl in der letzten Nummer beide angegebenen Konto-Nummern der ***'randschau'*** falsch waren. Dies ist uns bei der Endkorrektur durchgegangen. Allen, die versucht haben uns Spenden zu überweisen, sei hiermit ein zweiter Versuch ans Herz gelegt. (Kto.-Nr.: 153 30-508 beim Postgiroamt Köln, BLZ: 370 100 50, Stichwort: CeBeeF Köln e.V. - die randschau) Allen, deren Spenden angekommen sind, sei an dieser Stelle herzlichst gedankt.

Ein von Anneliese Mayer vorbereiteter Artikel zu 'FOKUS-Wohnmodellen' mußte leider aus Platzgründen auf die nächste Nummer verschoben werden. Aber aufgeschoben, ist nicht aufgehoben.

Jörg Fretter

INHALT

Der Gesamtauflage ist diesmal die Vierteljahresschrift "Behinderte in Action" beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Ce Be eF - Club Behinderter und Ihrer Freunde in Köln und Umgebung e.V., Köln

Ressorts & Redaktionsadressen:

Anzeigenverwaltung: Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 2184376

Abo & Vertrieb: Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561/84578

Redaktion Essen, Ulrike Lux, Huttropstraße 41, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/ 274916

Redaktion:
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Jörg Fretter (Kassel),

V.i.S.d.P.: Jörg Fretter

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Erscheinungsweise 6 x pro Jahr,

Abo:

Preis für 6 Ausgaben 20,- DM
Preis für 10 Ausgaben auf Cassette 30,- DM

Einzelpreis regulär 4,- DM
Doppelnummer 5,- DM

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/92

Bankverbindung:

Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Konto-Nr.: 153 30 - 508 Stichwort:
'Ce Be eF - Köln / die randschau'

Satz:
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

Betreff: Abo - Adressenänderungen

Sollte sich Euere Adresse (bedingt durch Umzug, etc.) ändern, gib uns bitte frühzeitig Bescheid.
Bei jedem Versand kommen Stapel von Adressenaufklebern an uns zurück.
Zeitschriften, die über die Postzeitungsstelle der DBP vertrieben werden, haben in der Regel keine Chance dem/der AbonentIn nachgesendet zu werden (auch dann nicht, wenn ein Nachsendeauftrag besteht!).
Da wir nicht mit ansehen können, wie regelmäßig einige Exemplare der 'randschau' im Reißwolf der Deutschen Bundespost verschwinden - Bitten wie Euch daran zu denken:
Bei Adressenänderung 'ne (möglichst gut leserliche) Nachricht an uns zu senden.

Abo & Vertrieb, die randschau, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

KLEINANZEIGE Interviewpartnerinnen dringend gesucht!!!

Ich schreibe im Fach Psychologie meine Diplomarbeit mit dem Thema: "Das Schönheitsideal bei körperbehinderten Frauen'.
Ich bin selbst eine betroffene Frau und mußte leider feststellen, daß es zu diesem Thema bisher keine Veröffentlichungen gibt und Randgebiete dieses Themas sind wie meistens von nichtbehinderten Männern untersucht worden.
Ich suche hierfür körperbehinderte Frauen, die von Geburt an sichtbar körperbehindert sind, bzw. spätestens ab dem dritten Lebensjahr.
Die Interviewform ist qualitativ. D.h. es ist kein Fragebogen und das Interview verläuft wie ein Gespräch. Es dauert ca. 1 1/2 Stunden und wird von mir auf Tonband aufgenommen. Die Daten werden streng vertraulich behandelt und tauchen zudem nur verschlüsselt in der Diplomarbeit auf.
Ich komme zu den Probantinnen nach Hause, kann jedoch nur vormittags und am Wochenende.

Ich fände es toll, wenn sich einige von Euch trotz eventuell schon vorhandener Interviewmüdigkeit zu einem Interview bereit erklären würden, da ich den Forschungsstand und die -form nur mit Euerer Hilfe erweitern kann.

Meine Anschrift lautet: Marita Koch, Brabanterstraße 1, 5000 Köln 1, Tel.: 0221 / 51 83 63

HINWEIS AN ALLE ABONNENTINNEN UND ABONNENTEN

Bereits am 1. Juli 1991 ist die Postdienst-Datenschutzverordnung (PDDSV) in Kraft getreten. Darin ist u.a. die Weitergabe der durch Umzug geänderten Adressen von AbonnentInnen neu geregelt. Alle bisherigen AbonnentInnen werden daruf hingewiesen, daß gegen eine Weitergabe ihrer geänderten Adresse an unseren Vertrieb ein Widerspruchsrecht besteht. Ein schriftlicher Widerspruch kann bei uns bis zum **15. April 1992** geltend gemacht werden. Wir werden Widersprüche an die zuständigen Zustellpostämter weiterleiten. Sollte bis zu diesem Termin kein Widerspruch bei uns vorliegen, setzen wir Ihr Einverständnis voraus. (Wir sind verpflichtet, diesen Text zu veröffentlichen!)

Nächstes Krüppeltreffen

Das nächste bundesweite Treffen des Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativem wird am Wochenende vom 3. bis 5. April 92 in Melsungen stattfinden. 'Hier wird es schwerpunktmäßig um zwei Themen gehen:
1. die Diskussion und die Erarbeitung einer Position zu den Anti-Diskriminierungsgesetz-Bestrebungen
2. um Einschätzung und Diskussion, wie möglicherweise künftig mit Diskussionsangeboten und Medienauftritten gemeinsam mit Sterbehilfe/Bio-Ethik-VertreterInnen umgegangen werden könnte (Frage: Kann es so etwas wie ein gemeinsames koordiniertes Handeln geben?)

Anmeldungen: Forum, c/o AG-SPAK, Adlzreiterstraße 23, 8000 München 2, Tel.: 089 / 77 40 77



Foto: Hans-Jürgen Standt

Pflege-ver-UN-sicherung

Überall ist es zu hören: Dringender Handlungsbedarf, Unzumutbar, Es muß etwas geschehen, und, und, und. Ginge es nach solchen so schön klingenden Absichtserklärungen, dann wäre das Problem gelöst, alle könnten sich entspannt zurücklehnen und das nächste Problem in Angriff nehmen. Wir wissen: Leider geht es so nicht. Das Thema Pflegesicherung ist zwar in aller Munde; alle sind sich einig, daß die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit mehr als unzureichend ist, doch was sich tut, ist nicht besser. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die schillernden Reden als Seifenblasen. Kommen sie mit der Realität in Verbindung platzen sie.

Unhaltbare Zustände und lauter gute Absichten

Eine der Absichtserklärungen stammt von unserem Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung vom 31.1.1991 bringt er es mal wieder auf den Punkt: Die auf Pflege angewiesen sind, brauchen Hilfe, Zuwendung und Beistand. Das klingt ermutigend. Alle sind eingeladen, bei diesem Thema den Versuch zu unternehmen, zu einem Konsens zu kommen. Wir dürfen also hoffen. Bis zum Sommer 92, also Mitte dieses Jahres, will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Abhängigkeit der Pflegebedürftigen von der Sozialhilfe soll vermieden werden, erklärte Kohl am 30.4 91 vor dem Deutschen Ärztetag in Hamburg. Wie er das tun will, hat er allerdings nicht verraten. Die Zuständigkeit für diese Fragen delegierte Kohl im Januar 91 an seinen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm.

Derweil fand am 6.12.91 im Deutschen Bunstag die erste Lesung zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein Pflegeversicherungsgesetz statt. Parteipolitisch befinden sich CDU/CSU, FDP und SPD in einem Dilemma. Inhaltlich stehen sich nämlich CDU/CSU und SPD näher als die Koalitionsparteien untereinander.

FDP: Jeder sorge für sich selbst, CDU/CSU UND SPD: Umverteilung

Während die FDP den mündigen (und selbstredend fitten, eher mehr als weniger finanzkräftigen) Bürger propagiert, der im Rahmen seiner Eigenverantwortung selbst dafür Sorge zu tragen habe, sich privat gegen das "Risiko Pflege" zu versichern - mit allen bekannten "Neben"-

wirkungen einer privaten Versicherung für "risikobehaftete" Versicherungs-Anwärter - plädiert Norbert Blüm für eine Pflegeversicherung, die unter dem Dach der Krankenversicherung angesiedelt und nach dem Prinzip der Sozialversicherung mit Beiträgen der Versicherten finanziert werden soll (Arbeitnehmer/Arbeitgeber jeweils die Häfte, Beitragsatz max. 2 %).

Auch wenn man es nicht so laut sagt: Der Entwurf der SPD, die ebenfalls für eine Sozialversicherungregelung votiert, paßt viel besser ins Blüm'sche Konzept als der Vorschlag der Koalitionskollegen. Dabei sind die Unterschiede zwischen Blüm-Modell und SPD-Entwurf mehr gradueller als gravierender Art. Bei Blüm orientiert sich die Beitragsbemessungsgrenze an der Obergrenze für die Krankenversicherung (4.875 DM), beim SPD-Entwurf an den Beträgen der Rentenversicherung (6.500 DM). Versicherungspflichtig sind bei Blüm die Mitglieder der Krankenkasse, bei der SPD sollen alle versicherungspflichtig sein (sogenannte Volksversicherung).

Endlich eine Lösung in Sicht?

Alle Überlegungen geben vor, eine Lösung zu bieten, eine Absicherung für den Fall der Pflegebedürftigkeit. Lassen wir einmal die für hilfeabhängige Menschen ohnehin indiskutable FDP-"Lösung" beiseite und schauen uns an, was CDU/CSU und SPD zu bieten haben.

Immer wieder heißt es, künftig müsse verhindert werden, daß Menschen, nur weil sie pflegebedürftig sind, zum "Sozialfall" werden. Immer wieder wird betont, wie unwürdig es sei, nach einem langen Arbeitsleben nun im Heim mit einem Taschengeld abgespeist zu werden, wobei anscheinend erst das Arbeitsleben diesen Mißstand empörenswert macht. Die Inanspruchnahme der Angehörigen, der Rückgriff auf das gebaute Häuschen wird kritisiert. Es scheint, als solle dies alles nun anders werden und als seien die Zeiten der Bittstellerei beim Sozialamt vorbei. Es scheint, als könne mensch nun "im Fall der Fälle" aus der Pflegeversicherung das bekommen, was er braucht, nämlich ausreichende Hilfe.

Bedarfsdeckende Versicherung?

Beindruckend tummeln sich die Pflegegelder auf dem Papier. Beeindrukkend, solange mensch nicht nachrechnet. Ein Schwerstpflegebedürftiger Mensch, also jemand, der sozusagen rund um die Uhr Hilfe braucht, erhält nach dem Blüm-Modell bis zu 1.200 DM zur eigenen Verfügung bzw. 2.250 DM als Sachleistung (worauf gründet sich eigentlich die Unterscheidung?), nach dem SPD-Entwurf 1.500 DM bzw. 60 Stunden im Monat.
Das Ergebnis ist in etwa das gleiche: Bei einem Stundensatz von rd. 32 DM (Sozialstation in Westberlin) könnte ich mir demnach selbstorganisiert eine Stunde "Pflege" am Tag leisten, als Sachleistung 2 Stunden am Tag (maximal).
Meine Familie - es empfiehlt sich sehr, eine zu haben - könnte also 1 bis 2 Stunden am Tag etwas anderes tun, als sich um mich zu kümmern. Wenn das keine Verbesserung ist.

Die Forderung nach Selbstbestimmung und Vorrang ambulanter Hilfe in ausreichende Höhe finden wir in nahezu allen Stellungnahmen zu den aktuellen Vorschlägen einer Versicherungsregelung. Aber wer stolpert darüber, daß dies mit den offiziell genannten Beträgen überhaupt nicht zu machen ist? Wer stolpert darüber, daß ab einem bestimmten Hilfebedarf eine Heimunterbringung als unvermeidlich oder sogar als förderlich angesehen wird? Wer stolpert über die offiziellen Verlautbarungen, die die "notwendige Pflege" innerhalb viel zu eng gesetzter finanzieller Grenzen "sicherstellen" wollen? Beim Blüm-Modell werden die Kosten mit 28,2 Mrd. DM angesetzt, abzüglich Einsparungen bei den Pflegeleistungen der Krankenkassen und der Sozialhilfe von 9 Mrd. DM, insgesamt also noch nicht einmal 20 Mrd. DM. Die politische "Kompromißmasse" liegt ungefähr bei 1 - 3 % des Bruttoeinkommens als Beitrag für eine Pflegeversicherung. Es ist jetzt schon klar, daß auch 3 % nur dem bekannten Tropfen auf den heißen Stein gleichen (vgl. das Interview zur Pflegesicherung). Von einer bedarfsgerechten Pflege kann da gar keine Rede sein. Lediglich die Reihenfolge des finanziellen Zugriffs ändert sich: zuerst die Pflegeversicherung (in die die Versicherten und ggf. die Arbeitgeber einzahlen), dann noch einmal die Versicherten selbst im sogenannten Versicherungsfall (wenn der Bedarf die Leistung übersteigt) und schließlich die Sozialhilfe, die über die Kostenübernahme über den 'restlichen' ambulanten Pflegebedarf zu entscheiden hat. Im Heim wieder das gleiche Prinzip: Pflegeversicherung, Eigenbeteiligung des Hilfeabhängigen bei den "Hotelkosten" und wenn's nicht reicht, das Sozialamt. Das politische Tauziehen geht nicht um die Sicherstellung des tatsächlich notwendigen Bedarfs, sondern um die Art der Finanzierung und eine möglichst große finanzielle Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Für Alle reicht es leider nicht

Nicht jeder werde bei Einführung der Pflegeversicherung seine Abhängigkeit von der Sozialhilfe verlieren, schränkte Heiner Geißler (CDU) anläßlich der Beratung des SPD-Gesetzentwurfs im Bundestag wohlwissend ein und der FDP-Abgeordnete Cronenberg ergänzte: das ginge auch nicht, weil dann die Absicherungen (sprich Pflegeleistungen) nicht mehr finanzierbar seien. Nach Cronenberg bleiben 25 - 30 % auch künftig in der Sozialhilfe. Cronenberg sprach sich im übrigen gegen einen uneingeschränkten Anspruch für alle aus: Dann hätte doch auch der pflegebedürftige Millionär einen Anspruch, das wäre ungerecht.

Ein Blick zurück

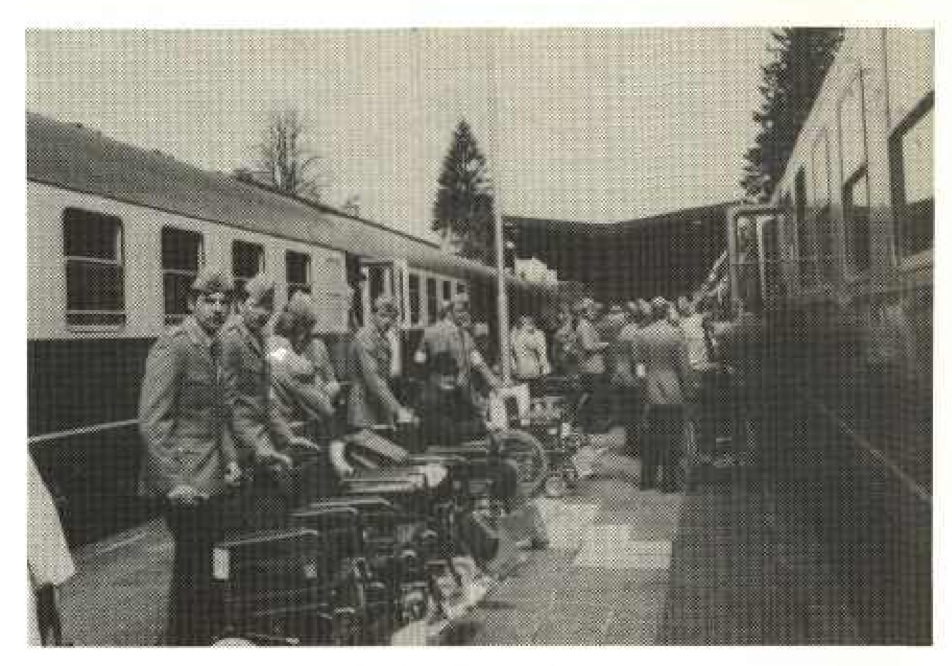
Blicken wir kurz zurück: Da gab es im Dezember 1984 einen Gesetzentwurf der GRÜNEN. Er beruhte auf der Forderung nach einem steuerfinanzierten Leistungsgesetz und war so gut, daß er wirklich etwas verändert hätte an der Situation hilfeabhängiger Menschen. Auch von Abschaffung der Heime war die Rede. Das ging den Heimbetreibern entschieden zu weit. Nicht nur deshalb hatte der Entwurf keine Chance. Natürlich fehlte nicht das Standardargument. Hilfen für ein eigenständiges Leben behinderter Menschen gelten nur insoweit als "angemessen", als sie billiger sind als eine Heimunterbringung. Es hieß also wie immer: zu teuer.

Die wesentlichen Punkte des Entwurfs sind nach wie vor aktuell:

* *bedarfsdeckende und einkommensunabhängige Hilfe*
* *ambulante Hilfe als Alternative zum Heim, keine Einschränkung bei hohem Hilfebedarf*
* *Wahlfreiheit und Selbstbestimmung, (in Bezug auf die Form der Hilfe, die Personen, die sie leisten, die Verfügung über die entsprechenden Mittel und damit auch über sich selbst usw.)*
* *Entlastung und Absicherung der Pflegepersonen*
* *Qualitative Verbesserung der Pflege in Heimen (Aktivierung statt Verwahrung)*
* *verbesserte Arbeitsbedingungen für professionelle Pflegekräfte*
* *Auflösung der Heime, Aus- bzw. Aufbau einer entsprechend notwendigen ambulanten Infrastruktur*

Es war einmal...

Auch die GRÜNEN sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Selbst in den eigenen Reihen scheint der zweimal abgebügelte Gesetzentwurf von 1984 *out* zu sein, er liegt offenbar vergessen in der Schublade und fast sieht es so aus, als würde ihn die neue Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/GRÜNE gar nicht kennen. Die erklärt sich durchaus mit der Sozialversicherungsregelung einverstanden, nur das Finanzierungsvolumen und die Höhe der Leistungsbeträge seien unzureichend. Im Bundestag schlug Konrad Weiß deshalb einen Beitragssatz für die Versicherung von 2 1/2 - 3 % vor. Davon solle 1/2 % langfristig angespart werden, für schlechtere Zeiten.



Die Zukunft der Pflege?

Die PDS aussen vor

Ilja Seifert, rollstuhlfahrender Vertreter der PDS/Linke Liste und Präsident des ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland), fand sich mit seiner Forderung nach einem Pflege-Assistenz-(Leistungs)-Gesetz sozusagen zwischen allen Stühlen, in jeder Beziehung. Hier treffen sich Vorbehalte wegen seiner Parteizugehörigkeit mit einer allgemeinen Ignoranz gegenüber einer wirklichen Auseinandersetzung um die Lebensbedingungen alter, kranker und behinderter Menschen.

Alte Abhängigkeiten und neue Dankbarkeit

Die Abhängigkeiten alter oder behinderter Menschen, die Hilfe brauchen, werden durch die vorgesehenen Regelungen kaum berührt. Mag sein, daß dies auch gar nicht geplant ist, denn weithin gilt diese Abhängigkeit als 'normal', als etwas, wofür sich der hilfeabhängige Mensch zudem noch als dankbar zu erweisen hat.
Ins Haus stehen uns mit den beschriebenen Vorschlägen weniger gesicherte Ansprüche als vielmehr eine Neuauflage der Geschichte von der Nachbarschaftshilfe und der zwar nicht mehr existierenden aber doch so praktischen Großfamilie. Und wäre es nicht wunderbar - um eine Anregung von Staatssekretärin Roswitha Verhüslsdonk aufzugreifen - wenn unausgelastete Ruheständlerinnen hier eine neue, selbstredend ehrenamtliche Aufgabe finden?

Noch schlimmer als man denkt

Es ist noch schlimmer, als es aussieht. Christa Schwarz deutet es im Interview kurz an: Es darf heute wieder laut darüber geredet werden, ob (schwer) behinderte Menschen überhaupt eine Lebensberechtigung haben. Die Vokabel "lebenswert" kommt vielen schon wieder glatt und ohne Anführungszeichen über die Lippen. Ein fataler Kreislauf: Je mehr Hilfe ein Mensch braucht, umso weniger wird ihm ein eigenständiges, eigenverantwortliches Leben zugestanden; umso mehr wird er in seinen Lebensmöglichkeiten eingeschränkt; als unproduktiver Kostenfaktor behandelt. Unwürdige Lebensbedingungen, gesellschaftliche Ausgrenzung und Isolation wiederum bilden die Basis für die vermeintliche Legitimation, auch noch das Lebensrecht und den Lebenswillen in Frage zu stellen. Konsequent folgt darauf schließlich das "Angebot" der Sterbehilfe. Der Pflegenotstand ist ein fruchtbarer Boden für eine solche Tendenz.

Was nun?

Keine Lobby haben bedeutet auch, kein Droh- und Störpotential einer mächtigen Organisation, so drückte sich Heiner Geißler aus. Wenn wir uns die vielleicht nicht mächtigen, aber großen Behindertenverbände ansehen, bleibt fraglich, ob wir in ihnen tatsächlich eine Lobby hätten.

In einer Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung der SPD-Fraktion zur Pflegeversicherung am 26.9.91 benennt die BAG H (Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte) durchaus die zu befürchtende Orientierung an der Wirtschaftlichkeit gerade bei der ambulanten Hilfe, sie sieht das unzureichende Leistungsangebot, die Festschreibung auf Familie und Heim, aber sie hält den SPD-Entwurf für einen positiven Schritt zur längst fälligen Absicherung des Pflegekostenrisikos, nur verbesserungsbedürftig.
Offensive Kritik, bzw. eine Haltung, die die Parteien wirklich nötigen würde, ihre Pläne zu überdenken, ist nicht in Sicht. (Es wäre zu schön, wenn ich mich da irren würde.)

Das Gespräch mit Verbänden oder Politikern ist eine Sache. Die Möglichkeiten und die Phantasie der Krüppelszene sollten sich jedoch nicht darin erschöpfen. Der erste Schritt ist aber zunächst einmal, die Sache als das zu bezeichnen, was sie ist, nämlich Etikettenschwindel.

Ursula Aurien, Berlin

INTERVIEW
Pflegeversicherung: DURCHGEFALLEN

Was halten Gruppen vor Ort von der auf uns zu kommenden 'Sicherung' der Pflege? Welche Kritik, welche Forderungen haben sie? Ursula Aurien sprach in Berlin mit VertreterInnen von drei Gruppen, die zum Thema Pflegesicherung ihre eigenen Erfahrungen und Vorstellungen haben.
AMBULANTE DIENSTE BERLIN E.V. ist in Berlin der einzige Anbieter von ambulanter Hilfe, die über den Rahmen einer Sozialstation hinausgeht, wenn nötig: bis zu 24-Stunden. Hervorgegangen aus dem CeBeeF, mit dem Anspruch von Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, wurde AD 1991 zehn Jahre alt und führt nach wie vor einen täglichen Kleinkrieg um die Kosten. Der SPONTANZUSAMMENSCHLUß MOBILITÄT FÜR BEHINDERTE existiert seit Januar 1987 und ist wohl über die Grenzen Berlins hinaus bekannt für seine engagierten Aktionen, vorwiegend auf der Straße. Die Auseinandersetzung um die Pflegesicherung beschäftigt den Spontanzusammenschluß seit einer Kampagne zum Gesundheitsreformgesetz im Jahr 1988. Der BERLINER BEHINDERTENVERBAND ist ein Kind der Wende. Gegründet im Januar 1990, ist er Mitglied des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland und tritt ein für ein Leben in Selbstbestimmung und Würde.
Am Gespräch nahmen teil:
* ***Christa Schwarz* für Ambulante Dienste, Westberlin**
* ***Martin Marquard* für den Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte, Westberlin**
* ***Ralph Loell* für den Berlinder Behindertenverband, Ostberlin**

Petra Stephan vom Ostberliner ZENTRUM FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN mußte leider kurzfristig absagen.

dr: Allgemein wird ja von allen, die sich in Sachen Pflege äußern, ein dringender Handlungsbedarf postuliert. Minister Blüm nennt die Regelung der Pflegesicherung eine "große Bewährungsprobe der Solidarität". Wie seht Ihr das für Euch?
Was haltet Ihr von den aktuellen Gesetzentwürfen bzw. Vorstellungen der Parteien?

Martin: Die Notwendigkeit, daß auf dem Gebiet was passiert, ist natürlich da. Pflege ist ein Bereich, der nicht bisher geregelt ist, bzw. er ist privat geregelt. Der größte Teil der notwendigen Pflege wird unentgeldlich von Familienangehörigen, Frauen meistens, geleistet.
Jetzt ist nur die Frage, was ist notwendig? Da können wir vielleicht zu den Modellen was sagen, die die Parteien bis jetzt vorgelegt haben. Der einzige Gesetzentwurf, der vorliegt, ist von der SPD, also Stichwort Pflegeversicherung. Dieser Gesetzentwurf hat unverschämterweise in seinem Vorspann das Wort selbstbestimmtes Leben formuliert. Tatsache ist aber, daß dieser Gesetentwurf von seinen Leistungen her völlig unzureichend ist. Das hat mit selbstbestimmt leben nichts zu tun und da gibt es zwei Punkte.
Das ist einmal der Bedarf, der nicht gedeckt ist und zweitens: es werden Heime nicht tendenziell abgebaut und reduziert, sondern eher gefördert und die Heimeinweisung noch gefördert. Das sind gerade zwei Hauptpunkte, die selbstbestimmt leben total widersprechen.

dr: Wodurch wird das gefördert?

Martin: Das wird dadurch gefördert, daß man bei der ambulanten Pflege sehr geringe Leistungssätze hat. Es gibt drei Stufen: 500 DM, 1.200 DM und bei Schwerstpflegebedürftigkeit, die Dauerbetreuung und Bettlägerigkeit, also Rund-um-Pflege bedeuten würde, 1.500 DM im Monat. Das wäre ambulante Pflege.
Dagegen wird aber die Pflege, so steht es im Gesetzentwurf, im Heim vollfinanziert und den Heimbetreibern wird sogar noch über einen Geldposten, der auch im Gesetz verankert ist, nämlich Investitionskosten, sozusagen die Existenz weiter gesichert. Der ganze Schwindel dabei ist allerdings, wenn Blüm und andere sagen: Es ist unmenschlich, daß Leute, nur weil sie ins Heim kommen, Sozialhilfeempfänger werden müssen. Das werden sie in Zukunft auch werden. Das heißt, die Leute werden in Zukunft ebenfalls ihre Rente los sein, für die sogenannten Hotelkosten (Anm. d. Red.: Kosten für Unterkunft und Verpflegung) und werden Taschengeldempfänger. Sie werden auch in Zukunft, zum größten Teil jedenfalls, im Heim Sozialhilfeempfänger werden.

Ralph: Es ist ihr Ziel, daß sie erstmal die Heimplätze bezahlbarer machen wollen. Davon reden sie immer.
Abgesehen davon, insgesamt wollen wir ja davon reden, wie man zuhause leben kann. Es darf nicht darum gehen, einen Heimplatz zu finanzieren, sondern Hilfen für eine selbstbestimmte Lebensführung oder Lebensgestaltung müssen gewährt werden. Einkommensunabhängig und vermögensunabhängig als Nachteilsausgleich, so daß jeder seinen Wohnort frei wählen kann.

Christa: Dieser Sog sozusagen vom Haus ins Heim. Für uns stellt sich das in der ambulanten Pflege so dar: Sie soll angeblich ja den Vorrang haben. Was der Hilfebedürftige bar auf die Hand bekommt bzw. was er sich über eine Pflegeorganisation in der höchsten Stufe leisten kann, sind zwei Stunden am Tag. Das heißt, wer mehr als diese zwei Stunden pro Tag benötigt, bei dem wird man prüfen müssen, ob der zu Hause bleiben kann. Und da wird dann eben gesagt werden: Wenn das nicht reicht und du willst nicht ins Heim, mußt du sehen, wie du sonst deine Pflege sicherstellen könntest. Und das kannst du eben nicht.
Das heißt, es wird heute ganz verstärkt, viel stärker als bisher, der Kostengesichtspunkt reingebracht, Wenn heute die Urteile, die wir aus Lüneburg, aus München und aus Marburg kennen, wenn die so bei mehr als zehn Stunden Hilfe pro Tag mit der Überlegung ansetzen, ob das finanzierbar und dem Sozialhilfeträger zumutbar ist, da wird heute die Schwelle abgesenkt, da wird gesagt werden: Wenn Du mehr als zwei Stunden ambulante Hilfe zur Pflege brauchst,

dann müssen w i r überlegen, ob wir das noch finanzieren wollen - wenn wir Dir preiswertere Möglichkeiten anbieten können.

dr: Das heißt nach wie vor, daß Du entweder jemanden zuhause brauchst, der das umsonst macht oder das Du dann eben doch ins Heim kommst.

Christa: Ja und damit also von jeder Art von selbstbestimmtem Leben Abschied nimmst. Denn wir wissen, was Heimaufenthalte bedeuten. Der Personalnotstand in den Heimen wird bestimmt in den nächsten Jahren nicht besser. Der Personalschlüssel, der angehoben werden soll, der jetzt bei einem Heimaufenthalt nur eine Pflege von 70 Minuten pro Tag garantiert, der wird demnächst so sein, daß noch nicht mal das ist. Im stationären Bereich wird die Qualität der Pflege sinken.

Martin: Das mit den 70 Minuten, das muß man immer unheimlich betonen. Die Leute werden da nur ins Bett gelegt und tatsächliche Pflege findet dann in 70 - das ist ein Durchschnittswert - etwa 70 Minuten statt, was dann ja den Stunden, die zuhause gepflegt werden würde, auch nochmal gegenübergestellt werden muß. Es ist eine Katastrophe, was im Heim passiert. Und was dann ja auch noch wer weiß wie teuer ist, trotz allem. Es ist wirklich nur noch ein Minimum an allerletzter Lebenserhaltung geboten.

dr: Die offizielle Version ist ja immer, daß im Heim die notwenige und angemessene Versorgung/Betreuung sichergestellt ist.

Martin: Ja, das ist ja die Vorstellung der Bürokraten, daß die Leute ins Bett gelegt werden und dann kann ihnen nichts passieren. Und ansonsten werden sie ein bischen gewaschen und gefüttert.

Christa: Die Sauber- und Sattpflege.

Martin: Und weiter nichts.

Ralph: Bei den ganzen Modellen zur Pflegeversicherung wird ja immer nur ausgegangen von Grundpflege oder Körperpflege. Es wird überhaupt nicht daran gedacht, daß, ob nun jüngere oder ältere Menschen lange Zeit mit Behinderung leben und ständig Hilfe, Assistenz für eine eigene Lebensgestaltung brauchen, wozu eben nicht bloß Körperpflege gehört, sondern Mobilität, psychosoziale Begleitung, Hilfen für geistig Behinderte, Seh- und Hörgeschädigte oder zusammengefaßt: für alle Lebensbereiche, also Arbeit, Wohnen, Kommunikation, Kultur. Und daß wir eigentlich wegwollen von diesem Begriff Pflege, sondern für Hilfen zum Leben, darum geht es.
Und das kann durch ein Pflegeversicherungsmodell, wo es nur ein festes Budget gibt, niemals bezahlt werden. Das ist nur immer wieder die Verwaltung des Mangels.

dr: Minister Blüm sagt: Ein Leistungsgesetz ist einfach, aber überhaupt nicht finanzierbar.

Christa: Hierzu sollten wir überhaupt erstmal festhalten, daß diese Pflegeversicherung ja auch nicht etwa vom Bund oder von irgendjemandem finanziert wird, sondern diese Pflegeversicherung finanzieren die Versicherten selbst. Das heißt, sie versichern sich jetzt und finanzieren damit später ihren Mangel. Das ist einfach eine absurde Konstruktion als solche. Sie finanzieren etwas, ohne daß ihr Bedarf in irgendeinem Zeitpunkt sichergestellt ist.
Das wäre so etwa, wie wenn man in eine Krankenversicherung einzahlt und wenn man dann ins Krankenhaus kommt, weil man dann am Herzen vielleicht operiert werden muß, sagt der Chirurg: Was Sie eingezahlt haben, reicht für zwei Stunden und dann gehen wir, und dann sehen Sie zu, wer die Operation drei Stunden lang weiter betreibt. Das Versicherungsmodell ist deswegen ein absurdes Modell.

Martin: Es gibt Leute, die sagen, die Krankenversicherung funktioniert ja, das ist ja auch ein Versicherungsmodell. Aber da geht es immer nur um vorübergehende Dinge, die zwar auch im Einzelfall sehr teuer sind, aber das ist absehbar und da funkioniert einigermaßen der Solidarausgleich.
Der zweite Punkt ist, daß es 13 % des Einkommens sind, die in die Krankenkasse eingezahlt werden, das ist ein Riesenbetrag.
Dann kommen wir jetzt mal zu dem Punkt, und der ist auch sehr wichtig, daß man bei der Pflegeversicherung - man deckelt, weil man das mit einem Minimum an Geld und Belastung, letzlich der Arbeitgeber, darum geht es immer, machen will. Blüm und die SPD wollen das Sozialversicherungsmodell, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils einen Teil des Beitrages einzahlen sollen. Da laufen aber die Arbeitgeber schon Sturm, weil die Lohnnebenkosten sowieso schon sehr hoch sind und sie sagen: Dann bricht unsere Wirtschaft zusammen, wenn die Lohnnebenkosten noch höher sind. Deswegen kann man sich dabei sowieso nur in einem Bereich bewegen von 1,2 % oder so was, was, wenn überhaupt den Arbeitgebern zumutbar wäre. Und wahrscheinlich werden sie das noch weiter runterdrücken. Dann kommt man aber auf dieses geringe Versicherungsvolumen, was nachher zur Verfügung steht und was wahrscheinlich noch nicht mal die Leistungen, die im SPD-Entwurf stehen, erbringen wird.
Wir haben in Holland eine ähnliche Entwicklung gehabt. Der Erfolg war, die Leute gingen reihenweise in die Heime. Da wurden Änderungen im Lauf der Jahre gemacht, weil man einfach sah, daß das der falsche Weg ist. Inwischen haben wir da allerdings immer noch ein Versicherungsmodell, aber der Beitrag liegt, glaub ich, insgesamt bei 5,8 %.
Man hat eingesehen, es ist für diesen ganzen Bereich ein ziemliches Geldvolumen vonnöten, weil man nicht nur die Pflege und Mobilität und so weiter und die ganzen Assistenzsachen bezahlen muß, sondern man muß auch Wohnungshilfen und ähnliche Dinge bezahlen. Das wird in Holland alles aus der Pflegeversicherung bezahlt und deswegen sind da die Beiträge schon sehr hoch.
Jetzt ist natürlich die Frage: Was mutet man dem Volk, will ich mal sagen, zu? Es ist natürlich notwendig, das Geld irgendwo aufzubringen, u.U. durch eine Steuererhöhung. Was mir am liebsten wäre. Da würden alle belastet werden, gleichermaßen und es würde dann aus dem Steuertopf bezahlt werden. Großverdiener würden mehr bezahlen und Kleinverdiener würden wenig oder gar nichts vielleicht sogar bezahlen, hätten aber alle die gleichen Leistungen. Während das, was wir jetzt haben, sich nur auf die Sozialversicherungspflichtigen beschränkt.

Christa: Die SPD will ja weitergehen.

Martin: 90 % der Bevölkerung ist pflichtversichert in den gesetzlichen Krankenkassen und allein die werden nachher die ganze Pflegeversicherung bezahlen. Die SPD will weitergehen, die will die Volksversicherung, aber da steht schon fest, daß das nicht durchsetzbar ist. Damit gibt die SPD ihrem Modell einen fortschrittlichen Anstrich, weiter ist das nichts.

dr: Warum ist das nicht durchsetzbar?

Martin: Es ist nicht möglich, Beamte pflichtzuversichern. Da müßte man das Berufsbeamtentum abschaffen. Man müßte ein neues Gesetz machen und das müßten die Beamten im Bundestag selber entscheiden, das ist ja die Mehrheit da.

Christa: Eines sollte es sein. Dieses steuerfinanzierte Leistungsgesetz sollte den Hilfebedarf einkommensunabhän-

gig sicherstellen. Denn wenn wir weiter in irgendeiner Form, kombiniert mit einer Pflegeversicherung, Teile der Hilfe bei der Sozialhilfe lassen und anmelden müssen, wird weiterhin das Einkommen und Vermögen des Hilfenehmers vollkommen aufgezehrt werden. Er wird erst verarmt werden, seine nächsten Angehörigen desgleichen. Ein Leistungsgesetz würde uns entsprechend wegrücken von Verarmung des Hilfebedürftigen.

dr: Ralph, Du stehst ja jetzt hier exemplarisch für die Ex-DDR. Wie beurteilst Du die Situation aktuell und wie siehst Du die Perspektive auf dem Hintergrund Eurer Erfahrung?

Ralph: Ich kann nicht für die DDR sprechen.
Also für Viele ist jetzt nocheinmal ein Einbruch gewesen. Ich bin ja Berliner und da war es ein Glück, daß es durch ehemals Westberlin nun auch in Ostberlin ein einkommensunabhängiges Landes-Pflegegeld gibt, was allerdings bei uns nur 59 % des Westberliner Satzes beträgt. Und auch nicht erhöht werden wird. Das ist ein Punkt.
Und da gab's ja ein einkommensunabhängiges Pflegegeld in der ehemaligen DDR, was aber überhaupt nicht ausreichend war, von 120 Mark für Leute, die quasi schwerstpflegebedürftig sind, bis zu 180/210 Mark als alleroberste Grenze. Das war auch für unsere Verhältnisse nicht ausreichend, aber es war etwas. Und nun gibt's eben gar nichts mehr, außer in Berlin.

dr: Gar nichts mehr heißt, über Sozialhilfe gäbe es dann was?

Ralph: Ja, man muß dann Sozialhilfe beantragen.
Nochmal zum Berliner Pflegegeld, 59 %, da muß man zu sagen. daß das erst seit dem 1. Januar 1991 im Ostteil der Stadt gilt und bisher sind erst 40 % der Anträge bearbeitet. Also es gibt noch gar nicht so viele Leute, die Pflegegeld haben. Viele versuchen, sich über Wasser zu halten und da wird dann einfach Raubbau am Körper weitergemacht.
Seit Januar 91 gilt das Bundessozialhilfegesetz und seit 1. Juli gilt es voll auch für die Leute, die im Heim leben. Das heißt, alle die im Heim sind, sind bloß noch Taschengeldempfänger.

dr: Das waren sie vorher nicht?

Ralph: Das waren sie vorher nicht.

Martin: Da komm ich nochmal auf den GRÜNEN-Gesetzentwurf zurück. Ich bin der Meinung, daß man mit diesem ganzen Komplex immer auch die Heime angreifen muß. Es gibt objektiv jedenfalls keinen, der wirklich ins Heim will. Sowas mag im Einzelfall mal vorkommen, daß einer nicht mehr kann. Auch das müßte lösbar sein, außerhalb von Heimen. Vielleicht in einer WG oder in anderen Wohnformen oder so weiter, aber eigentlich - Heime müssen tendenziell abgeschafft werden. Und der GRÜNEN-Gesetzentwurf, das gefällt mir besonders daran, setzt Fristen. Die haben nämlich nicht nur Steuerfinanzierung und Bedarfsdekkung usw., sondern auch Abbau von Heimen drin in dem Gesetzentwurf. Das muß immer in dem Zusammenhang auch gesagt werden. Ein Stufenplan, zeitlich meinetwegen länger gestreckt - oder sagen wir mal, wir müssen erstmal an einen Punkt kommen, daß Heime nicht immer neu gebaut werden. Und dann müssen wir irgendwie dazu kommen, daß die Neubelegung nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen sozusagen zwangsweise geschehen muß.

Christa: Und der Abbau der Heime kann durchaus den ambulanten Bereich fördern. Die Mittel, die da abfließen, fließen in den anderen rein.

Ralph: Dazu brauchen wir mehr behindertengerechte Wohnungen. Generell müssen immer, wenn Wohnungen gebaut werden, behindertengerechte Wohnungen gebaut werden und nicht bloß 3 oder 4 %, sondern alle Wohnungen müssen zugänglich sein.

Martin: In Schweden wird übrigens so gebaut schon.

Christa: Jede Mark, die in den stationären Bereich geht, will sich amortisieren und wenn wir bloß so das gegenüber stellen - das heißt: Der Heimträger, der eine Mark investiert, der will die Plätze füllen und deswegen finde ich dort jede Mark falsch geplant.

Martin: Wir haben diese Diskussion gerade hier mit den Ostberliner Betroffenen geführt und da sehe ich natürlich auch eine Schwierigkeit. Das ist ein Konflikt, aus dem man so ohne weiteres nicht rauskommt, weil die in so verrotteten Heimen teilweise hier wohnen, die sind unter aller Sau, im Verhältnis zu dem schon schlechten Standard bei uns.

Christa: Wohnungen, die werden ja gerade nicht mehr gebaut. Die sind in den Senatsförderplänen überhaupt nicht mehr drin.

Ralph: Nur noch, wenn großer Druck ist, durch irgendwelche Verbände, die ein paar Wohnungen bauen wollen, dann werden welche mit eingeplant.

Christa: Gefördert werden vorrangig reine Service-Häuser demnächst, weil man sich vorstellt, man kann, wenn man in einem Haus mehrere Behindertenwohnungen hat, die Hilfe preiswerter organisieren. Kleinstheime und Wg's. Eine bestimmte Anzahl Wg's pro Jahr, die man fördert, die auch die Pflege dann preisgünstig gestalten wollen, wo sich die verschiedenen Verbände anbieten, dann die zu übernehmen. Aber die individuelle Behindertenwohung kommt in der mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr vor.

Ralph: Es wird nicht ermöglicht, daß auch Leute sich in einer WG zusammenschließen, wenn sie das wollen, sondern es wird dann gesagt, das muß Kleinstheim heißen. Dann gibt's ab 6 Personen einen Pflegekostensatz, der über'n Träger verwaltet wird.

Christa: Genau. Der Posten ist ausgewiesen als Förderung von Wohngemeinschaften, und diese Wohngemeinschaften wären aber nicht etwa solche, die man den Behinderten direkt übergibt, das hat man in den Vorstellungen nicht drin, sondern die werden den Verbänden übergeben.

Ralph: Als Kleinstheime.

Christa: Als Kleinstheime.

Ralph: Ein Punkt fehlt noch: Sowas kannten wir in der ehemaligen DDR überhaupt nicht, diese Möglichkeit, Hilfe für 10 Stunden am Tag zu bekommen. Das ist schon ein entscheidender Fortschritt. Und die Leute sollten wirklich den Mut haben, diese Hilfe zur Pflege zu beantragen.

dr: Ich möchte noch einmal auf das Leistungsgesetz kommen. Seht Ihr eine Lobby, um diese Forderungen zu vertreten? Die großen Verbände, die großen Behindertenorganisationen arrangieren sich mit der Versicherungsregelung. Selbst die GRÜNEN sind nicht mehr zu hören, die ja 1985 einen Entwurf für ein Leistungsgesetz vorgelegt haben.

Martin: Ich denke, daß der Gesetzentwurf der GRÜNEN vorbildlich ist. Was Besseres liegt bis jetzt nicht vor und es ist äußerst schade, daß im Augenblick aus der Richtung keine Initiative kommt. Man müßte da anknüpfen, man müßte dieses Gesetz vielleicht noch ein bischen überarbeiten, aber wiedereinbringen und das kann wahrscheinlich auch nur die Fraktion der GRÜNEN wieder tun. Das müßte man irgendwie wieder anschie-

ben.

dr: Die haben sich ja im Dezember (91) im Bundestag für eine Versicherungsregelung ausgesprochen.

Martin: Wir haben jetzt eine Zusammensetzung der Bundestagsfraktion, die kommt aus der ehemaligen DDR. ich glaube, komplett, was für diese Problematik hier sich ungünstig auswirkt, bei aller Sympathie. Das hätten sie nicht tun dürfen. Dann sollten sie lieber gar nichts sagen. Im Augenblick ist es nur die PDS, die für ein Leistungsgesetz eintritt, und die PDS hat leider keinen guten Ruf.
Aber wir unterstützen das und ich würde es so sehen: Man muß unbedingt von Behindertenorganisationen aus die Kräfte zusammenschließen, die für ein Leistungsgesetz eintreten, und wenn man genau hinguckt, dann sind bei den großen Verbänden da durchaus Bündnispartner da.
Also die BAGH - im Grunde argumentiert sie gegen die Versicherung und für das Leistungsgesetz. Im Schluß plädiert sie allerdings unverständlicherweise für das Versicherungsmodell. Das ist irgendwie ein Denkfehler. Die müssen einfach noch einen Schritt angestoßen werden. Es gibt noch andere Verbände. Der VdK in Berlin zum Beispiel ist durchaus auch empfänglich für die Argumentation, die wir bringen, für ein Leistungsgesetz - was man nicht verwechseln darf mit dem VdK Deutschland, der allerdings mit seinem Präsidenten Hirlinger das FDP-Modell praktisch propagiert. Das ist im Grunde völlig indiskutabel. Also selbst innerhalb dieser großen Verbände gibt es Widersprüche und auch im Reichsbund, das sollte man gar nicht denken, gibt es jedenfalls inhaltliche Argumentationen für das Leistungsgesetz. Vielleicht könnte man es ja schaffen, über z.B. Artikel in so einer Zeitung oder über andere Aktivitäten, daß man mal solche Kräfte an einen Tisch bringt, die für ein Leistungsgesetz sind. Und ich denke und sage immer noch, daß auch Teile der SPD mit der Versicherungslösung nicht zufrieden sind.

Christa: Ich sehe allerdings einen gegenläufigen Trend, Schwierigkeiten für eine solche Lobby in der derzeitigen Landschaft in der Bundesrepublik: Nachdem sozusagen die Singer-Debatte wieder in die Schiene kommt und wieder laut gedacht werden darf, daß, wer soviel Hilfe braucht, ja schon "beinahe nicht mehr lebt", dem werden jetzt die Lebensmöglichkeiten wieder offener abgesprochen, als es noch vor kurzer Zeit der Fall war.

dr: Ich danke Euch für das Gespräch.

Die Pflegeversicherungsentwürfe von CDU/CSU und SPD

Leistungen nach dem BLÜM-MODELL

ambulant:
* für erheblich Pflegebedürftige 400 DM Geldleistung oder 750 DM Sachleistung
* für Schwerpflegebedürftige 800 DM Geldleistung oder 1.500 DM Sachleistung
* für Schwerstpflegebedürftige 1.200 DM Geldleistung oder 2.250 DM Sachleistung
* Pflegehilfsmittel, technische Hilfen im Haushalt, Schulung zur Pflegetätigkeit (keine Angabe, in welcher Höhe)
* Urlaubsvertretung bis zu 4 Wochen/ Jahr
* Einbeziehung der Pflegeperson in die Renten-, Unfall-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung (keine Angabe, welche Ansprüche konkret entstehen)

stationär:
* pflegebedingte Kosten bis zu 2.000 DM mtl. je nach Schweregrad, Unterkunft und Verpflegung (Hotelkosten) muß der Pflegebedürftige selbst tragen

Leistungen nach dem SPD-ENTWURF

ambulant:
* erheblich Pflegebedürftige Pflegegeld 500 DM, häusliche Pflegehilfe in besonders begründeten Einzelfällen möglich (Kann-Leistung)
* außergewöhnlich Pflegebedürftige 1.200 DM Pflegegeld oder häusliche Pflegehilfe
* Schwerstpflegebedürftige 1.500 DM Pflegegeld oder häusliche Pflegehilfe
Häusliche Pflegehilfe bedeutet: bis zu 60 Pflegeeinsätze im Monat "durch geeignete Fachkräfte", bis zu 1 Stunde je Pflegeeinsatz, die Aufwendungen dürfen 1.800 DM im Monat nicht übersteigen. Bei häuslicher Pflegehilfe, Tagespflege oder häuslicher Krankenpflege entspricht das Pflegegeld einem Drittel der oben genannten Beträge. Bei stationärer und Krankenhauspflege entfällt der Anspruch auf Pflegegeld.
* Ersatzpflege bei Urlaub oder Verhinderung der Pflegeperson "im erforderlichen Umfang", wenn nicht möglich, dann Kurzzeitpflege - bis zu 30 Kalendertage im Jahr, daneben keine häusliche Pflegehilfe, kein Pflegegeld
* unter bestimmten Umständen Anspruch auf Tagesppflege
* bei Tages- oder Kurzzeitpflege Übernahme der damit in Zusammenhang stehenden Fahr- und Transportkosten
* Anspruch auf Beratung
* Anspruch auf Hilfe bei der Wohnungsbeschaffung (was nicht heißt: Anspruch auf eine Wohnung)
* wenn nötig, Kostenübernahme bei Umzug oder Umbau (Soll-Leistung, d.h., es muß nicht)

stationär:
* Anspruch, wenn außergewöhnlich oder schwerstpflegebedürftig
* Anspruch für erheblich Pflegebedürftige, wenn häusliche Pflege nicht möglich oder zumutbar
* Sachleistung ohne Begrenzung, umfaßt insbes. Grundpflege, aktivierende, rehabilitierende Pflege und Pflegehilfsmittel
* Unterkunft und Verpflegung muß der Versicherte selbst tragen

O-TÖNE zur Pflegeversicherung

Norbert Blüm
auf dem CDU-Fachkongreß ABSICHERUNG BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT - FÜR EINE MENSCHENGERECHTE Pflege (CDU-Frauen- und Senioren-Union)
17.5.91,Bonn:

* Ein Leistungsgesetz ist nicht nur einfach, sondern auch aussichtlos. (Ich sehe) nicht die geringste Chance einer Finanzierung. Ein Leistungsgesetz verstärkt im Übrigen die Erwartungshaltung an den allzuständigen Staat. Eine beitragsfinanzierte Lösung bleibt dagegen im Rahmen des Äquivalenzprinzips Leistung für Gegenleistung.

* Alle Sozialverbände, Kriegsopfer- und Behindertenverbände, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die kommunalen Spitzenverbände unterstützen das Vorhaben.
Quelle: SELBSTHILFE 2-3/91, S. 96

Ulf Fink,
Vorsitzender der CDA
auf dem CDU-Fachkongreß FÜR EINE MENSCHENGERECHTE PFLEGE
17.5.91, Bonn:

* Die Mittel, die nach Einführung der Pflegeversicherung bei der Sozialhilfe eingespart werden, sollten für eine neue Kultur des Helfens (Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Heime, Pflegestationen usw.) eingesetzt werden.
Quelle: SELBSTHILFE 2-3/91

1. Lesung des SPD-Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag am 6.12.1991

Rudolf Dreßler, SPD:

* Pflegebedürftig zu werden ist nicht nur ein schwerer persönlicher Schicksalsschlag; seine finanziellen und wirtschaftlichen Folgen sind darüber hinaus so einschneidend und so schwergewichtig, daß sie von der übergroßen Mehrheit der Betroffenen nicht bewältigt werden können. Sie sind überfordert.
Man muß sich vor Augen führen, was der Eintritt von Pflegebedürftigkeit für die Betroffenen wirtschaftlich und finanziell bedeutet: ein Leben lang gearbeitet, ein Leben lang Renten- und Krankenversicherungsbeiträge gezahlt und dann die Einsicht, es reicht nicht, sich selbst zu helfen. Man kommt da an, wo man als Zehn-. oder Zwölfjähriger gestartet ist: bei einem Barbetrag, der als Taschengeld empfunden wird. Dies ist unwürdig. Die Betroffenen empfinden es zu Recht als mangelnden Respekt unserer Gesellschaft vor ihrer Lebensleistung.
Deshalb gilt für die sozialdemokratische Fraktion die Verpflichtung: Wir müssen mit diesem unwürdigen Zustand Schluß machen. Wir brauchen eine wirksame Absicherung gegen das Pflegerisiko.



* ... wir brauchen eine Pflegeversicherung, die den Menschen im Fall der Fälle hilft, auch weiterhin ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Für diejenigen in diesem Hause, die so oft und viel über die individuelle Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben philosophieren, darf ich hinzufügen: Das steht auch den Pflegebedürftigen zu. Helfen Sie also mit, daß sie es in Zukunft auch führen können.

Heiner Geißler, CDU/CSU:

* Ich weiß, daß man dies alles bezahlen muß und auch bezahlen können muß. Ich weiß auch, daß der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland nicht gefährdet werden darf. Aber ich bestreite nachdrücklich, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestaates Deutschland ausgerechnet durch 1,5 % Beitragsleistung für die Pflegebedürftigen - 0,75 Arbeitgeberanteil, abzüglich 0,15 % für Leistungen, die jetzt schon in der Krankenversicherung enthalten sind, abzüglich 0,2 % Steuerersparnis, so daß der Arbeitgeberanteil im Endergebnis also netto 0,4 % beträgt - gefährdet werden sollte, zumal ... gleichzeitig feststeht ... daß z.B. bei einem Verzicht... auf eine Stunde Arbeitszeitverkürzung bei kommenden Tarifverträgen die gesamte Pflegeversicherung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil voll finanziert wäre....

* Nicht jeder Pflegebedürftige wird bei Einführung einer Pflegeversicherung seine Abhängigkeit von der Sozialhilfe verlieren. ... Aber ich will es einmal so definieren: Es muß erreicht werden, daß derjenige, der jetzt und heute, ohne Pflegefall zu sein, von der Sozialhilfe unabhängig ist, auch dann nicht zum Sozialfall wird, wenn er pflegebedürftig wird, wenn er gepflegt werden muß. ...
Das bedeutet, daß die Leistungen sowohl in den Alters- und Alterspflegeheimen als auch für diejenigen, die zu Hause, also ambulant versorgt werden, so hoch sein müssen, daß die Pflegekosten abgedeckt werden können und daß diese Menschen in der Lage sind, mit ihren Renten oder ihren sonstigen Einkommen den normalen Lebensunterhalt und die Mieten zu finanzieren.
Mit 1.500 DM ...kann man dies nicht erreichen.... Die Landeswohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Baden-Württemberg, gehen von einer notwendigen Summe von mindestens 2.000 DM aus.

Dieter-Julius Cronenberg, FDP

* Richtig allerdings ist - das trifft für alle Modelle zu, und erfreulicherweise wird

es heute morgen hier auch eingeräumt, in der öffentlichen Diskussion leider nicht -: Ein beachtlicher Teil der Pflegebedürftigen wird durch die vorgesehenen Maßnahmen nicht von der Sozialhilfe befreit. Sie können auch nicht von der Sozialhilfe befreit werden, weil man dann Absicherungen vornehmen müßte, die in jedem Fall unfinanzierbar wären. ... Ich gehe davon aus, daß bei den jetzigen Modellen 25 % bis 30 % in der Sozialhilfe bleiben.

* Die Höhe des Beitrags hängt aber auch davon ab, ob all diejenigen, die wenig oder gar nicht in ein solches Sicherungssystem eingezahlt haben, uneingeschränkt Leistungen erhalten sollen. Wer das will, muß allen einen Rechtanspruch gewähren. Ich sehe aber bei Gott nicht ein, warum der pflegebedürftige Millionär, der nichts oder nur wenig für die Absicherung des Risikos eingezahlt hat, nunmehr einen Rechtsanspruch auf Finanzierung der Pflege aus den Beitragsmitteln der schlechtergestellten Versicherten erhalten soll.

Julius Louven, CDU/CSU:

* Wir haben einen Kompromiß gefunden, der es auch den Kollegen aus der Wirtschaft ermöglichen sollte, ihm zuzustimmen. ... Ich darf dazu noch anmerken, daß unsere Aussage sehr wichtig ist, daß es mit der Einführung einer Pflegeversicherung keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft geben darf, will heißen, daß an anderer Stelle gespart werden muß.

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:

* Wo könnte besser festgemacht werden, was Sozialstaat ist, als an den Hilfsbedürftigen, an den Pflegebedürftigen, nicht an Paragraphen und Bürokratien. Wer sich nicht in die Lage der Pflegebedürftigen versetzen kann, hat es schwer, Zugang zum Problem zu finden.

* Wir brauchen mehr Phantasie: Tagespflegeplätze, Kurzzeitpflegeplätze, Nachtpflegeplätze.

Der Bluff mit der Pflege

Diskussionspapier des FORUMS DER KRÜPPEL- UND BEHINDERTEN-INITIATIVEN zur Pflege'sicherung'

Das vorliegende Papier basiert auf Treffen des FORUMS vom 15. - 17. November 1991 in Melsungen und vom 31.1. - 2.2.92 in Potsdam. Wir wollen damit die Auseinandersetzung über die MOGELPACKUNG PFLEGESICHERUNG über unseren Rahmen hinaus vertiefen und zu einer breiten Diskussion anregen. Zwar ist mehr als fraglich, ob eine Kritik an den derzeit kursierenden offiziellen Entwürfen für eine Pflegesicherung Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen kann, doch sollte uns das nicht hindern, eben mindestens unsere Kritik an diesen unsäglichen Entwürfen zu formulieren und öffentlich zu machen.

Allen blumigen und vollmundigen Reden von der Würde aller Menschen zum Trotz, allen Klagen über den Pflegenotstand und menschenunwürdigen Zuständen in Heimen zum Hohn, heißt es immer wieder: zu teuer. Zunehmend werden alte, kranke oder behinderte Menschen als "gesellschaftlicher Ballast" begriffen und behandelt. Häufig genug übernehmen sie auch noch diese Haltung und die damit verbundene Entwürdigung für sich selbst. Im Alltag heißt es dann: Ich will niemandem zur Last fallen. Wenn ich nicht mehr kann, will ich abtreten. Die unwürdigen Zustände bleiben, die Gedemütigten verschwinden. Eine 'Lösung', die im Trend liegt, denn sie kostet nichts.

In den offiziellen Statements zur Pflegesicherung ist von SOLIDARITÄT und EIGENVERANTWORTUNG die Rede, mit unterschiedlicher Gewichtung je nach politischem Standpunkt. Außerdem, auch das hört sich sehr schön an: REHABILITATION GEHT VOR PFLEGE. Die aktuelle Situation für pflegeabhängige Menschen gilt als unbefriedigend, unzureichend oder unzumutbar. Wie die Forderung nach Entlastung zu verstehen ist, erklärt stellvertretend Ministerin Angela Merkel: *"Familienpflege ist die menschlichste Form der Alten- bzw. Krankenbetreuung, aber auch die kostengünstigste. Wenn die Bereitschaft der Frauen, Ihre Familienangehörigen zu pflegen, nicht wirksam unterstützt wird, bricht das System der häuslichen Pflege zusammen...."* (in: GESELLSCHAFTSPOLITISCHE KOMMENTARE (gpk), Sonderausgabe 2/91, S. 110).

Für die auf Hilfe angewiesenen Menschen ist die Sicherung dieser Hilfe eine existenzielle Angelegenheit. Für die Politiker allerdings reduziert sich die Behandlung des "Pflegerisikos" auf die Kostenfrage, auch wenn alle Parteien der lapidaren Aussage, pflegebedürftige Menschen sollen nicht zum Sozialfall werden (Eckpunkte der FDP), sicher uneingeschränkt zustimmen würden. Eine wirkliche Pflegesicherung unabhängig von treusorgenden und überwiegend kostenlos pflegenden Angehörigen oder Heimunterbringung steht allerdings in keinem der gängigen Modelle zur Diskussion.

Zwar forderte die SPD noch 1988 ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz, und allein dieses würde im Gegensatz zu den propagierten Versicherungsmodellen die Gewähr bieten, daß notwendige Hilfe unabhängig von vorher geleisteten Beiträgen, Risikozuschlägen und Alter in Anspruch genommen werden könnte;

allein ein Leistungsgesetz würde die bereits jetzt auf Hilfe angewiesenen Menschen nicht ausschließen. Jedoch *"Die mit dem Prozeß der deutschen Einigung auf die öffentlichen Haushalte zukommenden finanziellen Belastungen machten deutlich, daß bei dem notwendigen neuen Gesetzgebungsanlauf in Sachen Pflege der Weg des steuerfinanzierten Leistungsgesetzes praktisch ausgeschieden war.* (Es) *war demnach nur der Weg einer Versicherung für alle als Lösungsmöglichkeit übriggeblieben."* Soweit SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler (in: gpk, S. 116). Die Kosten der Einheit sind ein beliebtes Argument geworden, von politisch unattraktiven Auf- und Ausgaben abzusehen.

Sowohl das Blüm-Modell wie der Vorschlag der SPD, erst recht die Eckpunkte der FDP, gehen von der Grundannahme aus, daß im häuslichen Bereich die zu leistende Pflege eine Entlastung, eine Ergänzung für im übrigen kostenlos pflegende Angehörige darstellt. Der SPD-Entwurf erlaubt hochgerechnet zwei Stunden bezahlte Hilfe pro Tag, nämlich 60 Stunden im Monat durch professionelle Fachkräfte für "außergewöhnlich Pflegebedürftige und Schwerstpflegebedürftige", dazu ein gekürztes Pflegegeld bis zu 500 DM. Alternativ, dem Betroffenen soll die Wahl bleiben, ist ein gestaffeltes Pflegegeld je nach Grad der Pflegebedürftigkeit zwischen 500 und 1.500 DM vorgesehen.
Was ist, wenn der Hilfebedarf über das, was Angehörige leisten können, hinausgeht oder wenn es keine Angehörigen gibt; wenn ein Mensch 'auch dann' in den sogenannten 'eigenen vier Wänden' leben will - und wer will das nicht?
Geht es nach Herrn Blüm, können "erheblich Pflegebedürftige" mit mtl. 400 DM oder Sachleistungen (d.h., eine Pflegekraft wird z.B. von einer Sozialstation zur Verfügung gestellt, die Abrechnung erfolgt direkt mit der Versicherung) im Wert von 750 DM rechnen.
"Schwerpflegebedürftige" können auf 800 DM bzw. 1.500 DM "Sachleistung" hoffen und "Schwerstpflegebedürftige" gar auf stolze 1.200 DM bzw. 2.250 DM.
Rechenaufgabe: Wieviel Pflege kann sich ein Mensch für 400, 800 oder 1.200 DM - bei einem Stundensatz von 30 DM - leisten? Anders gefragt: Wann muß ich (doch) zum Sozialamt? Und wann ins Heim?
Davon abgesehen: Wer entscheidet nach welchen Kriterien, wer "erheblich pflegebedürftig" ist, wer "schwerstpflegebedürftig"?

Liegt der notwendige Hilfebedarf über der geplanten Höchstgrenze (bei welchem "schwerstpflegebedürftigen" Menschen ist das nicht der Fall?) und wird die 'restliche' Hilfe nicht von Angehörigen geleistet, ist also nach wie vor eine Heimunterbringung vorprogrammiert. Der allseits so gern formulierte Anspruch des Vorrangs ambulanter Hilfe vor stationärer Hilfe gerät zum reinen Lippenbekenntnis - mehr noch: die Nichterfüllung dieses Anspruchs bleibt folgenlos, zumindest für die Politiker.
Geplant ist zudem eine "Beteiligung des Hilfebedürftigen" an den Unterbringungskosten, den sogenannten "Hotelkosten", eine zusätzliche Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Pflegeversicherung zu Lasten des "Hilfebedürftigen". Zynischer kann man die "Eigenverantwortung" eines faktisch erzwungenen Heimaufenthalts kaum noch betonen.

Fazit:

In der gegenwärtigen Diskussion wird für die Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als könnten die vorgeschlagenen Regelungen wirklich eine Absicherung bzw. Vorsorge für das "Risiko Pflege" bieten. Alle gegenwärtigen "Modelle" gehen aber am Kern der Sache vorbei und suggerieren etwas, was sie tatsächlich gar nicht leisten können. Sie orientieren sich lediglich an der Art der möglichen Finanzierung: welcher öffentliche Haushalt wie weit belastbar sei oder nicht, welche Kosten der Arbeitgeberseite zuzumuten seien oder nicht.
Nicht zur Debatte steht nach wie vor die Zumutung einer Heimunterbringung, nicht zur Debatte steht die mangelhafte, oft völlig unzureichende Sicherung ambulanter Hilfe, nicht zur Debatte steht der Ausbau ambulanter Dienste als wirkliche Alternative zur Heimunterbringung.
Was not tut, ist nicht die Abwälzung des "Risikos Pflege" auf den Einzelnen, sondern eine bedarfsorientierte Absicherung von Hilfeabhängigkeit, deren Kosten als gesellschaftliche Aufgabe im Rahmen eines steuerfinanzierten Leistungsgesetzes zu tragen sind.
Hilfe bzw. Assistenz bedeutet nicht Anpassung des Menschen an den Pflegenotstand. Assistenz, das ist mehr als Körperpflege oder Nahrungsaufnahme, mehr als ein aus Zeitersparnis gelegter Katheter, mehr als morgens an- und abends oder gar nachmittags wieder ausgezogen zu werden.
Nur eine am tatsächlichen Bedarf orientierte, von Vorleistungen unabhängige Hilfe, ist eine wirkliche Hilfe und ermöglicht nicht nur eine Entlastung für Angehörige, sondern ein eigenverantwortliches Leben für denjenigen, der Hilfe braucht.

Leben ohne Normierungen

Statt der viel diskutierten Pflegeversicherungslösung, wird aus der 'Scene' heftig ein Assistenzsicherungsgesetz gefordert. Der Autor des nachfolgenden Artikels, Volker van der Locht aus Essen, formuliert 'die Unmöglichkeit der Einbeziehung aller Pflegebedürftigen im Rahmen eines umfassenden Leistungsgesetzes' und kommt zu dem Schluß, daß kein Gesetz das "Risiko der Pflegebedürftigkeit" lösen kann.

Zur Unmöglichkeit "Pflege/ Assistenz" gesetzlich abzusichern

Unsere Auseinandersetzung um die Absicherung des "Risikos der Pflegebedürftigkeit" orientiert sich gegenwärtig an den von den etablierten Parteien und Verbänden vorgeschlagenen Modellen einer Pflegeversicherung. Zurecht kritisieren wir daran die einseitige finanzielle Orientierung der Vorschläge, die nur die öffentlichen Haushalte entlasten sollen. Zurecht wenden wir uns dagegen, daß in den Entwürfen die Heimunterbringung nicht in Frage gestellt wird und uns eine angemessene Lebensführung nicht ermöglicht wird.
Als Alternative zu den Versicherungsmodellen wurde ein durch Steuern finanziertes Leistungsgesetz gefordert, das die Aufwendungen für die Pflege gesamtgesellschaftlich verteilt. Eine auf den ersten Blick akzeptable Lösung, wenn die in dem Gesetz bestimmten Leistungen eine entsprechende Höhe haben, die Vergabe an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert und die demokratische Kontrolle gewährleistet ist. Doch der erste Blick trügt, kein Gesetz, so meine ich, kann das "Risiko der Pflegebedürftigkeit" lösen, ohne tiefe Einschnitte in unserem Leben zu hinterlassen.

Erfassung und Pflege

Gesetzliche Regelungen setzen die Existenz von Kriterien der "Bedürftigkeit" voraus, um zu entscheiden, wer einen Anspruch hat oder nicht. Um einen Anspruch zu erhalten, müssen wir uns verschiedenen Ärzten, der Gesundheitsverwaltung, den Krankenkassen oder der Sozialbürokratie zwecks Begutachtung zur Verfügung stellen. Dieser Ansatz findet bereits in den zur Zeit existierenden Bestimmungen, wie etwa denen des BSHG's, ihren Niederschlag. Mit den neuen Regelungen einer Pflegeversicherung bekommt die sogenannte Pflegebedürftigkeit den Stellenwert der Bevölkerungskontrolle im System herrschender Sozialleistungssysteme.
In den offiziell gehandelten Vorschlägen geht es hauptsächlich um die Alterspflegebedürftigkeit. Die Situation jüngerer Behinderter findet oft keine oder nur geringe Berücksichtigung in der herrschenden Politik. Dies ist jedoch nicht bloß Ausdruck behindertenfeindlicher Einstellungen, sondern markiert die engen Wahrnehmungsraster der Politiker.
Ausgehend von der Einschätzung der erhöhten Pflegebedürftigkeit mit zunehmendem Alter basieren die verschiedenen Pflegemodelle vornehmlich auf statistische Erhebungen über die Altersstruktur der Bevölkerung. Verbunden mit einer Prognose künftiger Zahlenverhältnisse entsteht so das Bild einer "drohenden" Überalterung und somit eine Sachzwanglogik, um das lokalisierte "Problem in den Griff zu bekommen".
In der der SPD und dem DGB nahestehenden Zeitschrift "Soziale Sicherheit" heißt es demzufolge in der Ausgabe Nr. 3/1991: *"Voraussichtlich werden im Jahre 2030 etwa 17 Mio. BürgerInnen über 60 Jahre auf dem Gebiet der alten Bundesländer leben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung im Westen wird von rund 20 v.H. kontinuierlich bis auf 36 v.H. ansteigen. Es wird insbesondere einen steilen Anstieg der Hochbetagten geben. Die Zahl der über 80jährigen wird im Jahr 1990 rund 2,2 Mio. MitbürgerInnen betragen und bis 2030 auf über 3 Mio. steigen."*
In die gleiche Richtung zielt die Zeitschrift "Das öffentliche Gesundheitswesen". In einem Artikel der Ausgabe vom Oktober 1991 wird die Entwicklung Altersdemenzkranker und Pflegebedürftigkeit in den nächsten 50 Jahren prognostiziert, um auf der Basis bevölkerungsstatistischer Erhebungen wissenschaftlich(!) abgestützte Handlungsstrategien zu entwickeln. Schon die Begriffsbildung "Altersdemenz" zeigt die einseitige Orientierung an medizinische Raster der Beschreibung vom Menschen. So klagen die Autoren, daß es in der BRD keine *"epidemiologisch begründete Schätzung der Erkrankungshäufigkeit und der Pflegebedürftigkeit"* gibt und bringen sich selbstlobend mit ihrer Untersuchung ins Spiel, um einen ersten Schritt *"zu einer realitätsnäheren Prognose"* zu machen: *"Wenn auch die Kategorie 'zeitweiliger Pflegebedürfnisse' und die Lebensbereiche, in denen Pflegebedürfnisse bestehen, noch sehr unscharf definiert sind, läßt unser Modell eine ziemlich zuverlässige Projektion jenes extremen Abschnitts der Skala von Pflegebedürfnissen zu, der durch den Bedarf irgendeiner Form der permanenten Hilfe charakterisiert ist."* Die Reduktion gelebter Unterschiedlichkeit zu mathematischen Größen ist offensichtlich. Mit der Kategorisierung der Pflegebedürfnisse werden bei einer ausgewählten Gruppe alter Menschen verschiedenste Lebenslagen homogenisiert, um sie vergleichbar und zählbar zu machen. Folgerichtig kann dann eine "Skala der Pflegebedürfnisse" entwickelt und eine "bedarfsgerechte" Planung der Pflegeleistungen vorgeschlagen werden.
Der von den Autoren erwähnte "erste Schritt" einer "epidemiologischen Schätzung" legt Lösungstrategien umfassender Erfassung nahe. Als nächste Zielgruppe werden wir als Krüppel/Behinderte im Vordergrund stehen, sind unsere Daten doch den Krankenkassen, Gesundheits- und Sozialbehörden bekannt. Letztlich läuft es aber mit einer gesetzlichen Regelung auf eine weitere Form der Bevölkerungserfassung hinaus. Zumindest legt dies die Darstellung der SPD-Vorschläge in der "Sozialen Sicherheit" Nr. 4/1991 nahe: *"Die gesetzliche Pflegeversicherung kommt nicht ohne die Erfassung ihrer Versicherten aus. Deshalb sind Meldevorschriften, ein Versichertenverzeichnis und die Einführung einer Versichertennummer erforderlich."*

Ein Assistenzleistungsgesetz?

KritikerInnen der Pflegeversicherung

schlagen ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz vor, um den Unzulänglichkeiten sämtlicher Versicherungsmodelle zu begegnen. Abgesehen davon, daß ein Leistungsgesetz im Rahmen etablierter Politikstrukturen keine Chance hätte, würde auch ein Gesetz entsprechend unseren Vorstellungen der Kriterienbildung und Aussonderung weiterhin Vorschub leisten.
Bestes Beispiel für die Unmöglichkeit eines parlamentarischen Vorgehens unsererseits ist das von uns 1984 erarbeitete und über die Fraktion der Grünen eingebrachte Bundespflegegesetz (BT-Drucksache 10/2609). Wenn auch in dem Entwurf der Gleichklang von Aufbau ambulanter Dienste und der Abbau von Heimen, die Verfügungsgewalt der Betroffenen über sich selbst und eine öffentliche Kontrolle durch Pflegekommissionen gefordert wird, bleibt die Argumentation in der herrschenden Logik der Merkmalszuschreibung Pflegebedürftigkeit. Nicht allein die Höhe der Pflegeleistungen ist dafür verantwortlich. Um in der parlamentarischen Auseinandersetzung überhaupt ernstgenommen zu werden, konnte auf einen finanzpolitischen Teil, der die Kosten des Gesetzes umriß, nicht verzichtet werden. Zur Berechnung der finanziellen Aufwendungen mußte demnach eine Schätzung der LeistungsempfängerInnen erfolgen. Wer sind diese Menschen? Unhinterfragt wurden damit die Raster medizinischer Diagnose übernommen, nach denen Pflegebedürftigkeit definiert wird.
Es ist zu erwarten, daß einem heute verwirklichten Assistenzleistungsgesetz ähnliches widerfahren würde. Mit der damit verbundenen Forderung einer "bedarfsdeckenden Pflege" stellt sich in gleicher Weise die Frage: Wer stellt den Bedarf fest und wer definiert die Bedürftigen? Ärzte, Fürsorger Versicherungsfachleute oder wir? Die Überahme der Entscheidungkompetenzen in Sachen Assistenz/Pflege durch uns - wie gefordert - würde zu einer Verschiebung der Auswahlkriterien führen, die, wenn auch in geringem Ausmaß, zur Aussonderung von Menschen aus dem Leistungskatalog eines Leistungsgesetzes führen.
Die Unmöglichkeit der Einbeziehung aller Pflegebedürftigen im Rahmen eines umfassenden Leistungsgesetzes wird durch die realen gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt. Denn ein jedes Gesetz muß einen finanziellen Rahmen benennen und es müssen bei der praktischen Durchführung Etatpläne aufgestellt werden. Was tun, wenn der Kreis der Leistungsempfänger höher ist als in den Prognosen angenommen wurde? Was tun, wenn Sozialkürzungen durchgesetzt werden, die die Zielsetzungen des Gesetzes gefährden? Treten wir dann als



VertreterInnen einer selbstverwalteten Pflegebürokratie in Konkurrenz zu anderen Sozialleistungsbereichen, um die Pfründe unseres Klientels zu sichern? Verschärfen wir, selbstbestimmt versteht sich, die Anspruchsvoraussetzungen, um die weniger werdenden Mittel den "tatsächlich" Bedürftigen zugute kommen zu lassen?
Letztlich kann keiner den Bedarf an Pflege feststellen und kein Gesetz kann dafür Normen benennen, weil es nicht um Bedarfsdeckung sondern um Bedürfnisbefriedigung geht und letzteres ist in seiner Vielfältigkeit menschlicher Lebensverhältnisse unkalkulierbar.

Utopien der Veränderung

Es mag eingewendet werden, daß mit einer solchen Verweigerungshaltung die katastrophale Situation noch verschärft würde. Der existierende Notstand durch Überlastung der Familien und der Pflege leistenden Frauen würde noch zunehmen und die Lebenssituation derjenigen, die Hilfe benötigen, würde noch schwerer. Der Auszug Pflegebedürftiger aus der Familie oder dem Heim wäre undurchführbar, wenn nicht umfassende Assistenz bis hin zur "Rund um die Uhr"-Pflege gewährleistet wäre.
Solche Einwände sind nach meiner Meinung nicht stichhaltig. Mit der Garantierung des Wunsches nach "Rund um die Uhr"-Pflege wird unbewußt das euro-amerikanische Ideal eines atomisierten bürgerlichen Individuums angestrebt, was mit der nachweisbaren Zunahme von Ein-Personen Haushalten in unserer Gesellschaft durchaus im Trend der Zeit liegt.
Was gegenwärtig nottut, ist also nicht ein nach quantitativen und qualitativen Kriterien bestimmtes Pflegegesetz, sondern die radikale Infragestellung existierender Lebensweisen, die sich nur am individuellen Streben nach Erfolg und Selbstbestimmung orientieren. Eine kollektive Perspektive halte ich für angemessener und längerfristig für erfolgreicher. Daß es möglich ist begründet sich aus meinen eigenen Erfahrungen in den Häuserkämpfen Anfang der 80er Jahre. Trotz der vielen Fehler, Mythen und Begrenzungen dieser Bewegung bietet die damals für einen Augenblick gelebte kollektive Wirklichkeit viele Ansätze, die ich auch heute für wichtig halte. Die seinerzeit für kurze Zeit wahrnehmbare Utopie eines Lebens jenseits tradierter Formen wie Familie war möglich durch die Infragestellung herrschender Eigentumsverhältnisse. Deshalb halte ich die Orientierung an einem Gesetz, das nur nach den Regeln etablierter Politik zustande kommt, für eine Selbstbeschränkung, die die Suche nach Lebensformen verhindert, in denen "Pflegebedürftigkeit" als ein von wem auch immer diagnostizierter und therapierbarer Zustand nicht mehr existiert, weil das, was wir mit der Absicherung von Pflege wollen, Teil gesellschaftlicher Beziehungen ist.

Volker van der Locht, Essen

Zwischen Hightech und Hochglanz: Behinderte Frauen im Forum der REHA 91

Zugegebenermaßen ist ein Artikel über die Frauenveranstaltungen im Forum der REHA 91 in Düsseldorf nicht mehr das, was man/frau aktuell nennen könnte. Doch nicht nur weil in der letzten Ausgabe der randschau angekündigt, erscheint er nun, sondern auch, weil die Diskussion um das Thema "Behinderte Frauen" nach wie vor höchst aktuell ist.



Aiha Zemp auf dem REHA-Forum 91

Das, worum sich behinderte Frauen seit Jahren bemühen, nämlich mehr öffentliches Interesse für ihre Situation zu wecken, scheint in der letzten Zeit mehr und mehr erreicht zu werden. So gibt es häufiger als je zuvor Veröffentlichungen und Seminare zum Thema.
Da wollte wohl auch der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK), einer der Veranstalter des Forums innerhalb der REHA, nicht zurückstehen: Der 26. Oktober, der publikumswirksame Messesamstag, stand überwiegend im Zeichen der behinderten Frau. Angekündigt waren drei Veranstaltungen; "Was willst du denn hier? - Behinderte Frauen und Frauenbewegung", "Kein Schlußlicht auf dem Arbeitsmarkt - Berufliche Rehabilitation behinderter Frauen" und "Sie hat sich ja nicht gewehrt, Herr Richter! - Vergewaltigung behinderter Frauen". An dieser Stelle soll es jedoch nur um die erste und die dritte Veranstaltung gehen.

Wer bei der Ankündigung des ersten Themas erstaunt-gespannt die Augenbrauen hochgezogen hatte, war ob der Besetzung des Podiums sicherlich zunächst verwirrt: Unter der Moderation von Hiltrud Fischer-Taubert diskutierten Daniela Beer, behinderte Sozialarbeiterin, die zunächst für Theresia Degener einsprungene Schweizer Psychotherapeutin Aiha Zemp, die 'Freundin'-Redakteurin Ilse Archilles und die Humangenetikerin Prof. Dr. Ursel Theile über die gesellschaftliche Diskrimminierung behinderter Frauen. Wo waren die Frauen aus der "nichtbehinderten" Frauenbewegung? Erst im Laufe der Diskussion wurde deutlich, daß dieser Terminus offensichlich sehr großzügig gewählt war, beeilten sich doch die Expertinnen von journalistischer und humangenetischer Seite um überaus "engagierte" Stellungnahmen zum Thema. So versicherte Frau Archilles , daß behinderte Frauen Frauen seien "wie wir nichtbehinderten Frauen auch" und Frau Theile berichtete, daß sie auch blinde Frauen kenne, "die gute Mütter sind". Trotz dieser wirklich "atemberaubenden" Statements wurde recht brav diskutiert, und die Veranstaltung wäre wohl ohne großes Aufheben zuende gegangen. Nach etwa 20 Minuten traf jedoch die (nicht nur) aus krüppel-/behindertenbewegten Kreisen bekannte Theresia Degener ein und gab der Veranstaltung eine unverhoffte Wende. Sie erklärte, sie sei zwar als Referentin geladen, aber nicht gewillt, sich an einer Diskussionsrunde dieser Zusammensetzung zu beteiligen. Ihr erster Vorwurf ging an Ilse Archilles: Durch den von Zeitschriften wie der 'Freundin' forcierten Diätkult würden tausende von Frauen in der Bundesrepublik in die Magersucht getrieben. An Frau Theile gerichtet führte sie aus, daß die Humangenetischen Beratungsstellen durch ihre Beratungspraxis zur Verschlechterung der Lebensbedingungen behinderter Menschen beitragen würden. Auch beteiligten sie sich seit Jahren an der Diskussion um "wertes" und "unwertes" Leben.
In der anschließenden heftigen Auseinandersetzung widersprachen die beiden angegriffenen Referentinnen, verließen aber - nicht zuletzt auch wegen scharfer Kritik aus dem Publikum - schließlich das Podium. Zuvor hatte sich das Publikum mehrheitlich für eine Diskussion über die Vorwürfe Th. Degeners und somit gegen eine Weiterführung der ursprünglichen Veranstaltung ausgesprochen.
Sigrid Arnade, verantwortlich für die Vorbereitung und Organisation der Frauenveranstaltungen im REHA- Forum, trat der Kritik bezüglich der Auswahl der Referentinnen entgegen und erklärte, daß sie trotz intensiver Bemühungen keine (nichtbehinderten) Frauen aus frauenbewegten Kreisen als Referentinnen für die Veranstaltung habe interessieren können. (vergl. Interview)
Behinderte und nichtbehinderte Frauen aus dem Publikum äußerten sich zum großen Teil enttäuscht zur Auswahl der Referentinnen Theile und Archilles: Erwartet worden sei eben eine Auseinandersetzung mit frauenbewegten/feministischen Gruppen.
Und enttäuscht zeigten sich auch die Moderatorin und die Organisatorin, als sie nach etwa 45 Minuten die sich bereits in Auflösung befindende Veranstaltung schlossen.

Von blauen Blümchen und tiefen Gräben

Schon im Vorfeld der Veranstaltung war Kritik lautgeworden. So wandte sich die Krüppelfrauengruppe Marburg, unterstützt von Gruppen behinderten Frauen aus Hamburg, Essen und Berlin in einem offenen Brief an den BSK. Zwar begrüßten sie das Bestreben, mehr Interesse für die Situation behinderter Frauen wekken zu wollen, äußerten aber ihr Unver-

ständnis darüber, daß im REHA-Forum gleich die brisantesten Themen aufgetischt würden:
"Ein 'Streitgepräch über behinderte Frauen in der Frauenbewegung' kann vom Publikum nur verstanden werden, wenn es die Geschichte sowie deren interne Auseinandersetzungen der beiden sozialen Bewegungen kennt. Dieses Wissen kann in der kürze der Zeit nicht vermittelt werden. Außerdem sollte die Situation behinderter Frauen in der Frauenbewegung innerhalb der Frauenbewegung diskutiert werden, nicht mit männlichen Besuchern der REHA-Ausstellung."
Auch befürchteten sie, daß in der Veranstaltung zum Thema Vergewaltigung der Voyeurismus männlicher "Experten" angesprochen würde und kritisierten vor allem den Rahmen der Veranstaltung:
"Falls sie ein - vor allem für die betroffenen behinderten Frauen - so wichtiges Thema in deren Sinn aufgreifen wollen, ist eine Diskussion zwischen Kabarett und Livemusik geradezu zynisch und verharmlost die mit einem solchen Erlebnis verbundenen lebenslangen psychischen Schäden. Außerdem wird es den betroffenen Frauen nicht möglich sein, vor dem zu erwartenden Publikum offen über ihre Probleme zu reden."
Sie kamen daher zu dem Schluß, *"daß die Problematik behinderter Frauen ... in diesem Rahmenprogramm nicht adäquat behandelt werden kann und deshalb dort nicht diskutiert werden sollte."*
Vielleicht war es diese Kritik, die mit dazu führte, daß statt der ursprünglich angekündigten Diskussionsveranstaltung Aiha Zemp einen Vortrag zum Thema hielt - ohne anschließende Diskussion. Es folgte eine szenische Darstellung, in der die Situation einer behinderten Frau in einem Vergewaltigungsprozeß gezeigt wurde. Im Anschluß daran hatten betroffene Frauen die Möglichkeit, sich in einem seperaten Raum zu treffen.

Ob angesichts solch heftiger Kritik die VeranstalterInnen, allen voran die Organisatorin Sigrid Arnade, nicht doch nachdenklich geworden sind?, überlegte ich nach dem Besuch der beiden Veranstaltungen. Ein Besuch im Pressebüro nahm mir jedoch die zaghafte Hoffnung. In einer Presseinformation zu den Frauenveranstaltungen mit dem Titel "'... als Kopf und Seele, aber ohne Körper' Von der doppelten Diskrimmnierung behinderter Frauen" (Verfasserin S. Arnade), fand ich folgende Sätze:
"... Barbara blieb alleine, war unglücklich, gab aber nicht auf. Trotzdem mußte sie 25 Jahre alt werden, ehe sie ihre erste sexuelle Beziehung zu einem Mann erlebte. ... Nach etlichen verletzenden Erfahrungen mit Männern lernte sie einen ***lieben*** (Hervorhebung U.L.) *Mann kennen, den sie vor einem Jahr geheiratet hat."*
"Die contergangeschädigte Sofia wuchs in einem Heim auf und wirkt so fröhlich, daß eine Freundin vermutete, sie wäre bestimmt eine Blume geworden, wenn sie als Blume zur Welt gekommen wäre. 'Niemals wäre ich eine Sonnenblume' kommentiert Sofia, 'nur ein winziges blaues Blümchen wäre ich als Blume geworden.' ... Das winzige blaue Blümchen Sofia lebt alleine mit ihrem Hund. Sie wünscht sich eine stabile Parnerschaft."
Kommentar fast überflüssig. Aber: Haben wir uns gegen solch klischeehafte und mitleidstriefende Formen der Darstellung nicht immer gewehrt? Werden behinderte Frauen so nicht ein weiteres Mal zum Opfer gemacht, zum Opfer einer möglichst publikumswirksamen Aufbereitung eines für die Herz-und-Schmerz-hungrige Öffentlichkeit noch relativ neuen Themas? Behinderte Frauen als Trend-Thema?
In ihrer Darstellung der Auseinandersetzungen während der Frauenbewegungsveranstaltung (vergl. DIE STÜTZE Nr. 25/26/1991) kommt Sigrid Arnade zu dem Schluß: *"Die Gräben sind wohl noch zu tief."* In der Tat scheint hier zuweilen ein tiefer Graben zu liegen zwischen dem Interesse, bestimmte Themen publikumswirksam darzubieten, und dem Interesse derer, über die da geschrieben wird, an einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Um es klarzustellen: Auch ich finde es wichtig und wünschenswert, daß behinderte Frauen mehr öffentlichen Raum zur Darstellung ihrer Situation bekommen bzw. ihn sich nehmen. Trotzdem habe ich nicht vor, dafür zu einem Hechtsprung über den oben beschriebenen Graben anzusetzen.
Katrin Metz und Jutta Rütter, zwei der Marburger Krüppelfrauen schreiben: *"Themen wie die Auseinandersetzung über die Situation behinderter Frauen in der Frauenbewegung oder die sexuelle Verletzung behinderter Frauen brauchen zunächst ihren eigenen Raum in der Frauenbewegung."* Und, möchte ich angesichts der Wogen im REHA-Forum hinzufügen, auch ein weiteres Nachdenken und Diskutieren über das Verhältnis von dem Inhalt der Auseinandersetzung zu der Form ihrer Darstellung.

Ulrike Lux, Essen

INTERVIEW:
"Bin ich auf der richtigen Veranstaltung?"

Ein Interview mit Theresia Degener, Aiha Zemp und Daniela Beer, das Ulrike Lux für *'die randschau'* zwischen den Veranstaltungen "Behinderte Frauen und Frauenbewegung" und "Gewalt gegen behinderte Frauen" führte.

'die randschau': Theresia, wie kam es, daß du nicht, wie ursprünglich geplant, an der Veranstaltung "Behinderte Frauen und Frauenbewegung" teilgenommen hast?

Theresia Degener: Also, zunächst einmal: Warum habe ich überhaupt mitgemacht? Ich finde es schon wichtig, daß ich dazu kurz was sage, da wir ja zu der REHA nicht so ein gutes Verhältnis haben. Ich denke, es ist wichtig, daß wir das Thema behinderte Frauen möglichst publik machen. Und ich finde, daß es auch ein Erfolg von uns ist, daß sich jetzt auch die konservativen Verbände mit dem Thema beschäftigen, das wir ja vor zehn Jahren auf dem Krüppeltribunal zum ersten Mal angesprochen haben. Ich wurde zunächst gefragt, ob ich zum

Beitrag "Sexuelle Gewalt gegen behinderte Frauen" was mache, und ich habe gesagt, nein, wegen der Bedingungen hier. Ich habe ihnen auch abgeraten, das hier zu machen. Und ich habe gesagt, ich bin aber bereit, zu anderen Themen zu referieren. Und dann fragte sie (Sigrid Arnade, Anm. dr) mich, ja, wie wär's denn, wenn wir 'ne Auseinandersetzung machen: Behinderte Frauen und Frauenbewegung, am Beispiel Mode und Pränataldiagnose? Und da habe ich gesagt, okay, und habe die "Emma" vorgeschlagen, aber gesagt, ich gaube nicht, daß die bereit sind, hier in diesem Rahmen überhaupt zu diskutieren. Ich habe dann erst im Oktober erfahren, daß ich mit Frau Prof. Dr. Theile und Frau Archilles von der 'Freundin' auf dem Podium sitze. Und ich habe mir dann überlegt, was mache ich, wie reagiere ich? Und ich habe dann gesagt, also entweder ich muß jetzt eine Absage öffentlich machen und das rumschicken, oder ich muß hingehen und dort meine Absage öffentlich machen. Ich habe mich aus Zeitproblemen für das letztere entschieden.

Aiha Zemp: Jetzt will ich aber auch was sagen, weil, ich bin in einer ganz blöden Situation, weißt du? Ich bin heute in der Frühe gekommen, und ich bin gekommen, weil mich das Thema interessiert hat. Ich kenne die REHA nicht, ich wußte, daß das eine Ausstellung ist, mehr wußte ich nicht. Da haben sie mir gesagt, Theresia ist noch nicht da, können Sie für sie reden? Ich habe gedacht, ich bin schon lange in der feministischen Beweung, ich werde wohl was sagen können. Dann haben sie noch gesagt, zum Thema Gentechnologie und Pränataldiagnose. Da habe ich gedacht, ja, da habe ich eh schon viel zu gearbeitet. Und plötzlich sitze ich neben einer Humangenetikerin. Und dann habe ich sie ganz schüchtern angeschaut uns gefragt: "Bin ich auf der richtigen Veranstaltung? Ich wollte zur Veranstaltung über Feminismus und behinderte Frauen." Und dann sagt sie: Ja, ja, das ist schon das!" (zu Theresia Degener:) Weißt du, das peinliche für mich ist, daß wir, die das gleiche wollen, als Kontrahentinnen auftreten oder gegeneinander ausgespielt werden. Das will ich nicht.

Theresia Degener: Aber ich finde, wir haben das trotzdem gut in den Griff gekriegt. Also, es war nicht geplant, daß ich zu spät komme. Ich habe mich echt verfahren. Ich fand es super, wie du, Aiha, dich sofort auf meine Seite geschlagen hast, und ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, wir liefern uns irgendein Gefecht. Ich hatte auch nicht das Gefühl, oh, oh, sie fällt mir in den Rücken, sondern nur: Aha, die sind schlau gewesen. Die haben die Aiha gefragt, ob sie mich ersetzt, und die weiß natürlich nicht über die Hintergründe Bescheid. Und dann hat die Sigrid Arnade mich gefragt: Ja, also, wir mußten jetzt jemand anderen drannehmen, wollen sie noch? Und ich habe gesagt: Also ehrlich gesagt fahren Sie so viel besser, als wenn ich da auf dem Podium sitze, ich hätte diese Veranstaltung kritisiert. Und wenn ich jetzt noch was sagen darf, dann wird das peinlich für Sie. Und das muß ich der Sigrid Arnade anrechnen, daß sie mich dann trotzdem auf das Podium gesetzt hat. Sie hätte sagen können: Nein, nein, dann lassen wir das jetzt so. Sie hat dann zwei Minuten überlegt und gesagt: dann setzen Sie sich dazu.
Und letztendlich waren wir ja auch erfolgreich: Frau Theile ist gegangen, und die 'Freundin'-Redakteurin hat sich mit dem, was sie gesagt hat, selbst entlarvt. Sie hat ja dann irgendwann gesagt: Also, wenn das das einzige Problem ist von euch Frauen, daß ihr von der Frauenbewegung nicht ernst genommen werdet, dann kann ich euch auch nicht helfen. Das war so klar wie Kloßbrühe, daß wir uns mit der Frau nichts zu sagen haben.

'die randschau': Aiha, zu deiner Veranstaltung zum sexuellen Mißbrauch: Wußtest du, in welchem Rahmen das laufen wird?

Aiha Zemp: Also, ich wußte, daß das in einem gemischten Rahmen laufen wird, und ich habe das in letzter Zeit schon öfter so gemacht, öffentliche Orientierungsveranstaltungen, die gemischt sind. Aber ohne Diskussion. Es können allerdings Verständnisfragen gestellt werden.

Theresia Degener: Ich würde da ganz gern einsteigen. Ich finde das okay, wenn Aiha das macht. Meine Entscheidung, keine Veranstaltung zum sexuellen Mißbrauch zu machen, war eine persönliche Entscheidung, daß ich gesagt habe, unter diesen Bedingungen kann ich das nicht. Ich bin natürlich gespannt, was Aiha zu diesem Thema zu sagen hat. Und ich finde auch, daß das eine ganz andere Zusammensetzung, eine ganz andere Möglichkeit ist, wie in der Veranstaltung zur Frauenbewegung. Und prinzipiell finde ich es auch nicht falsch, das Thema hier auf der REHA zu machen. Wir müssen zwar diesen konservativen Rahmen sehen, aber ich finde, wir können uns das nicht leisten (das Thema nicht zu behandeln, Anm. dr). So viele Frauen sind betroffen von sexueller Gewalt, gerade in Heimen. Und hier triffst du die Heimleiter und die Leute, die mit denen Kontakt haben. Und wenn wir auch nur ein Fünkchen Sensibilisierung schaffen von diesen Leuten, dann haben wir schon was erreicht.

'die randschau': Gerade im Vorfeld der REHA hat es ja auch schon Kritik daran gegeben, diese Veranstaltung in so einem Rahmen zu machen.

Aiha Zemp: Ja, die Katrin Metz (von der Krüppelfrauengruppe Marburg, Anm. dr) hat mir geschrieben. Und ich habe ihr begründet, wieso ich es tue. Aber ich habe ihr gesagt, daß ich der Krüppelbewegung solidarisch verpflichtet bin und der REHA überhaupt nicht. Wenn sie wirklich gesagt hätten, du verrätst uns, dann hätte ich abgesagt, das war für mich klar.

Daniela Beer: Mir ging es wie der Aiha, daß ich von REHA überhaupt keine Ahnung habe. Ich bin in der Frauenbewegung und habe Kontakt zu verschiedenen behinderten Frauen und habe meine Diplomarbeit über behinderte Frauen geschrieben. Aber ich habe mit Organisationen und Verbänden im konservativen Bereich überhaupt nichts tun und wußte im Prinzip nicht, auf was ich mich einlasse. Und war dann völlig erschrocken, als Frau Theile und Frau Archilles dann plötzlich gesagt haben, es ist kein Unterschied zwischen behinderten und nichtbehinderten Frauen. Da habe ich gedacht: Was ist denn jetzt?

Theresia Degener: Da hätten wir vorher Kontakt aufnehmen sollen, das wäre, glaube ich, besser gewesen. Ich habe nämlich vorher lange mit Freunden diskutiert. Und viele haben gesagt: Mensch, wenn du wieder so provokant auftrittst und wieder nur störrisch ... wir haben auch etwas zu verlieren. Und das Thema ist zu wichtig, als das wir da ständig nur als die Störer auftreten. Ich war richtig hin- und hergerissen. Ich hatte mich also so vorbereitet, daß ich notfalls auch einen Vortrag zur Humangenetik hätte halten können.

Daniela Beer: Als ich mitgekriegt habe, was die REHA für eine Veranstaltung ist, da habe ich gedacht, meine Güte, jetzt bin ich völlig in der falschen Ecke, da wollte ich gar nicht hin. Es ist ja logisch, daß Frauen aus der Frauenbewegung hier nicht herkommen. Was sollten sie hier?

INTERVIEW:
"... ist mein Interesse einfach, mehr Öffentlichkeit herzustellen!"

Ein Interview mit Sigrid Arnade nach den Veranstaltungen zum Thema "Behinderte Frauen" im REHA-Forum

'die randschau': Sigrid Arnade, kannst du mal was zu deiner Person erzählen, was du machst und wie diese Veranstaltung zustande gekommen ist?

Sigrid Arnade: Also, ich bewege mich im Rollstuhl fort und habe mich, als ich behindert wurde, in Frauenbuchläden umgesehen - weil ich schon immer feministisch angehaucht war - und festgestellt: Es gibt absolut nichts. Und so wurden "Behinderte Frauen" zu meinem Thema, wie sie in der Gesellschaft doppelt diskrimminiert werden, eben einerseits als Frauen und andererseits als Behinderte. Ich habe dann öfters Artikel dazu geschreiben. Und hier im REHA-Forum werden ja auch immer aktuelle Themen aus der Behindertenszene diskutiert. Und ich habe dann eben vorgeschlagen, daß hier auch mal das Thema "Behinderte Frauen" angesprochen wird, weil ich der Meinung bin, das ist ein gutes Forum, das eben auch mal vor einem Fachpublikum anzusprechen. Ich habe dann als Veranstalter den BSK - Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter - gefunden, die dann gesagt haben, okay, wir unterstützen das, und mich mit der Organisation beauftragt haben.



Szenische Darstellung einer Gerichtsverhandlung

'die randschau': Wie kam die Zusammenstellung der drei Themenblöcke - Frauenbewegung, berufliche Rehabilitation und sexueller Mißbrauch behinderter Frauen - und die Auswahl der Referentinnen zustande?

Sigrid Arnade: Die Themenblöcke habe ich mir mit ein paar behinderten Frauen überlegt. Wir wollten diese Punkte als Schwerpunkte setzen, weil sie wichtige Lebensbereiche im Leben behinderter Frauen sind. Der Auswahl der Referentinnen war sehr problematisch. Ich habe Stunden und Tage am Telefon gehockt, um Leute zu finden, die da mitmachen. Und besonders schwierig war eigentlich der letzte Punkt, der sexuelle Mißbrauch. Das ist ja auch ein sehr diffiziles Thema, daß man da nicht betroffene Frauen in irgendeiner Form kränkt. Deshalb haben wir dann gleich gesagt, das wird keine Diskussionsveranstaltung, sondern wenn Diskussion, dann hinterher im geschlossenen Raum nur unter Frauen. Eben nur der Vortrag von Aija Zemp als Fachfrau und dann dieser kurze Sketch.

'die randschau': Zur Veranstaltung "Behinderte Frauen und Frauenbewegung": Hattest du damit gerechnet, daß sie auf so starke Kritik stoßen wird?

Sigrid Arnade: Bei dieser Veranstaltung hatte ich nicht damit gerechnet. Ich hatte damit gerechnet, daß die dritte Veranstaltung, die zum sexuellen Mißbrauch, Zündstoff ist und daß das schwierig werden könnte. Es waren auch genug Leute da, die eventuell Männer, die Ätzbemerkungen gemacht hätten, entfernt hätten. Also, daß da vorsichtig mit umgegangen wird.
Bei der ersten Veranstaltung hatte ich nicht damit gerechnet und bin auch, ehrlich gesagt, ziemlich sauer auf Theresia Degener. Die kannte die Zusammensetzung des Podiums seit mindestens drei, vier Monaten und hat nichts verlauten lassen. Ich hätte es einfach richtig gefunden, wenn sie mich angerufen hätte und gesagt hätte: Ne, so will ich das nicht. Statt eben erst mal nicht zu erscheinen und sich dann einfach hinzusetzen und zu sagen: Nein, hier diskutiere ich nicht. Das finde ich einfach keine gute Art, mit sowas umzugehen. Und zum anderen verstehe ich die Kritik von Theresia und Aiha und denke, es wäre trotzdem einfach eine Möglichkeit gewesen, die eigene Position deutlich zu vertreten

und den Zuhörerinnen und Zuhörern auch klarzumachen, worum es eigentlich geht, statt einfach nur einen Boykott zu machen. Hier mit dem ganzen Know-how der Messe hatten wir wirklich reichlich Öffentlichkeit, da ist eine Chance vertan worden.

'die randschau': Theresias Kritik richtete sich ja in erster Linie auf die Auswahl der Referentinnen. Wie bisr du dazu gekommen, die 'Freundin'-Redakteurin und die Humangentikerin einzuladen?

Sigrid Arnade: Ich habe lange versucht, jemanden von der feministischen Presse zu bekommen, habe immer wieder bei der "Emma" angerufen, es war niemand bereit zu sprechen. Dann habe ich versucht, jemanden zu bekommen von Frauengesundheitsläden oder Frauenforschungszentren und habe mir nur Absagen eingehandelt. Und schließlich dachte ich: Okay, dann jemand von einer Frauenzeitung. Dann sollen die sagen, mit welchen Konzepten sie behinderte Frauen berücksichtigen und ob überhaupt. Die Veranstaltung war ja auf eine kontroverse Diskussion angelegt.
Ilse Archilles ist selber Mutter eines behinderten Sohnes, hat auch ein Buch darüber gecshrieben, und schien mir von daher auch als 'Freundin'-Redakteurin durchaus kompetent zu sein.
Und die Humangenetikerin habe ich vor zwei Jahren selber mal auf einer Veranstaltung gehört, und fand ihre Ausführungen sehr kritisch der ganzen Geschichte gegenüber, sehr differenziert und kritisch. Also, einen eingefleischten Humangenetiker wollte ich da auch nicht sitzen haben, das geht einfach nicht bei so einer Veranstaltung, wo es um behinderte Menschen geht. Und ich kannte auch die Einstellung dieser Frau und die fand ich eigentlich akzeptabel.

'die randschau': Aber das Thema der Veranstaltung war ja "Behinderte Frauen und Frauenbewegung. Nun ist ja eine Humangenetikerin nicht gerade eine Verteterin der Frauenbewegung.

Sigrid Arnade: Ja, das ließ sich in der Presseverlautbarung so schnell nicht mehr ändern. Die ist ja vorher rausgegangen, bevor ich die ganzen Referentinnen zusammenhatte. Und es sollte eben über Humangenetische Beratung gesprochen werden. Und da dachte ich als einen Pol Theresia und als anderen Pol eben diese Frau mit ihrer noch recht moderaten Meinung.
Nun hatten wir ja keine Verterterinnen ex pressis verbis aus der Frauenbewegung. Aber es geht ja auch einfach um die Auseinandersetzung mit nichtbehinderten Frauen, die alle mehr oder weniger frauenbewegt sind. Da hätte ich mir einfach eine lebhafte Diskussion gewünscht: Wieso schließt ihr uns aus? Wie kommt es, daß ihr euch mit uns und dem Thema "Behinderte Frauen" überhaupt nicht beschäftigt?

'die randschau': Was versprichst du dir von Veranstaltungen zu diesem Thema?

Sigrid Arnade: Ich bin Journalistin und insofern ist mein Interesse einfach, mehr Öffentlichkeit herzustellen. Und das Thema bewußt zu machen in den Köpfen möglichst vieler Leute.



Kassel: Fackeln im Sturm

Kleingartenverein wehrt sich gegen Mitgliedschaft von Behinderten

**Stellt Euch vor, Ihr wollt einen Kleingarten pachten und "man" läßt Euch nicht...
Dieses nämlich passierte vor kurzem drei Kasselern, die vom Vorstand eines örtlichen Kleingartenvereins abgewiesen wurden. Was sie "verbrochen" haben? Eigentlich nichts, sieht man mal von der Tatsache ab, daß sie die Frechheit besaßen, behindert zu sein.
Und wenn das ganze zum Schluß mit Brandstiftung endet, ist es vielleicht auch noch 'nen Artikel in der "randschau" wert?!**

Die Vorgeschichte

Aber von vorne: Die drei (Ottmar Miles-Paul, sehbehindert, Horst Griffaton, blind und Andreas Jürgens, Rollstuhlbenutzer) entschlossen sich im letzten Sommer zur Pacht eines Grundstückes auf dem Kleingartengelände "Fackelteich" in Kassel. Die Vorgespräche mit dem Pächter des favorisierten Stückchen Lands verliefen erfolgreich und sie wurden sich schnell über Abschlagszahlungen und Übernahmedatum einig, so daß es nur noch der Zustimmung des Vereinsvorstandes bedurfte. Und an genau der sollte das Unternehmen dann scheitern, denn anscheinend hatte dieser irgendwas gegen die Drei, redeten sich einzeln angesprochene Vorstandsmitglieder doch immer wieder mit fadenscheinigen Argumenten heraus, warum das Gartengrundstück nicht an sie verpachtet werden könne.
Genauere Nachfragen - auch seitens der inzwischen eingeschalteten Presse - ergaben, daß "man" ja nichts gegen Behinderte habe, aber...
- "man" es sich überhaupt nicht vorstellen könne, wie eine Gruppe "Nur"-Behinderter einen Kleingarten bewirtschaften kann;
- "man" ihnen nicht zutraute, die anfallenden Gemeinschaftsarbeiten zu erledigen (Wege sauberhalten etc.);
- "man" "die Verantwortung" nicht übernehmen könne, solange das Grundstück nicht behindertengerecht im Sinne des Vorstandes sei. (Komisch<?>, daß die Pachtanwärter mit der Beschaffenheit desselben eigentlich ganz zufrieden waren - sonst hätten sie sich jawohl auch kaum drum beworben, oder?)

Mir ist immer noch ein Rätsel, was für eine Art von "Verantwortung" da gemeint war - aber da scheine ich zum Glück nicht die einzige zu sein, denn auch Presse, Funk und Fernsehen wurden zusehens aktiver.

Medienöffentlichkeit gegen Diskriminierung

Zwischenzeitlich durch die regionalen Medien unter Druck gesetzt, beharrten die Vorstandsmitglieder unbeirrt auf ihrer Entscheidung und versuchten durch absurde Vorschläge den Vorwurf der Diskriminierung Behinderter abzuwenden. Ein "nettes" Beispiel ist die völlig unsinnige Ausrede, daß der Vorstand ja furchtbar gerne bereit wäre, den Dreien das Grundstück zu verpachten, wenn der Kleingärten-Verband, sowie das Land Hessen verantwortlich für das Stück Land zeichnen würden. Das hieße, daß das Grundstück juristisch aus dem Vereinsgelände herausgetrennt würde und somit zu einem "Sondergarten" avancierte, der eigentlich niemandem etwas nützt und den auch eigentlich niemand gewollt hat, aber "man" hätte sich (falls es geklappt hätte) recht lässig aus der Affäre gezogen.

Alle Mittel scheinen erlaubt

Daß "man" eben doch etwas gegen Behinderte hat, sollte sich aber auch auf andere und noch erschreckendere Art und Weise in den folgenden Tagen zeigen:
- nach dem 1. Fernsehbericht im Regionalprogramm fanden die Drei ihre Gartentür zertrümmert;
- nach weiteren Presseberichten wurde eine Rampe auf dem Pachtgrundstück erst beiseitegeschoben und wenig später ganz beseitigt;
- Flaschen wurden auf den Plattenweg geworfen, wo sie zersplitterten; und "zu guter letzt"
- fanden sie drei Tage vor der Mitgliederversammlung das auf dem Grundstück stehende Haus "abgefackelt"!

Ob es sich dabei um "Dumme-Jungen-Streiche" oder Schikanen behindertenfeindlicher Vereinsmitglieder handelt, wird sich nicht mehr klären lassen. Klar ist jedoch, daß "man" es (ungewollt) durch diese Gewaltakte geschafft hat, Presse und Öffentlichkeit wieder verstärkt auf den Plan zu rufen: Denn spätestens an dieser Stelle werden die Parallelen zur jüngsten deutschen Geschichte doch offensichtlich, so daß es nicht verwundert, daß sich in regionalen Zeitungen auch wieder LeserInnenbriefe mit Überschriften wie "Vorgänge erinnern an Nazi-Zeit"(HNA, 29.11.91) finden lassen.
Und noch etwas ist klar; nämlich, daß "man" es geschafft hat, die drei Interessenten zum Nachdenken zu bringen, ob es wirklich ratsam ist, um einen Garten zu kämpfen, in dem sie um jede angepflanzte Tomate fürchten müssen...

Außerordentliche Mitgliederversammlung und heiße Luft

In der Zwischenzeit bemühten sich engagierte Vereinsmitglieder - die es erstaunlicherweise in nicht geringer Zahl gibt - um die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, um die Ereignisse der letzten Zeit zu diskutieren und den amtierenden Vorstand entweder zu einer anderen Entscheidung zu bewegen oder ihn mittels Mißtrauensantrag kurz und bündig "abzusägen". Da aber scheinen diese Leute den Mund nicht aufgekriegt zu haben (Drohungen des Vorstandes???); so wurde es von der Mitgliederversammlung abgelehnt, die Betroffenen Jürgens, Griffaton und Miles-Paul zu der Veranstaltung zuzulassen, geschweige denn, ihnen Rederecht einzuräumen und auch die Presse "mußte draußen bleiben".

So verwundert es wenig, daß über das Anliegen der Drei nur sehr oberflächlich geredet wurde (geschweige denn diskutiert!) und auch ein Mißtrauensantrag einzig die Wiederwahl des amtierenden Vorstands mit überwältigender Mehrheit bewirkte.

Die Folgen

Diese Diskriminierung Behinderter und die damit verbundene Gewaltbereitschaft erregte nicht nur viele Einzelpersonen, sondern rief auch engagierte Behindertenorganisationen, wie den Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab e.V.) und die Interessenvertretung behinderter Studierender an der GhK (IbS) auf den Plan. So fordern diese nicht nur die unverzügliche Verabschiedung eines Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungs-Gesetzes für Behinderte, durch das derartige Diskriminierungen verboten und sanktioniert werden, sondern auch einschneidende Maßnahmen gegen den Kleingartenverein "Fackelteich". Griffaton, Jürgens und Miles-Paul erklären, daß es nicht angehen könne, daß einem solchen Verein unter diesen Bedingungen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin gewährt würde. Zudem forderte der fab e.V. das Land Hessen auf, zu überprüfen, inwieweit die Verpachtung von Grundstücken an den Verein "Fackelteich" in deren Sicht weiter tragbar ist.

Valeska Wnuck, Kassel

Der fab e.V. arbeitet gerade an einem Reader, in dem ausgewählte Presseberichte, LeserInnenbriefe und andere Schriftstücke zusammengestellt werden. Dieser Reader kann beim fab e.V., Kurt-Schumacher-Str. 2, 3500 Kassel, Tel: 0561 / 1 86 67 zum Preis von DM 7,— angefordert werden.

DOKUMENTATION

Als Reaktion auf die Verleihung des diesjährigen 'Jean-Améry-Preises' durch den Klett-Cotta Verlag an Reinhard Merkel (dr Nr. 5/6-1991) flatterte uns der nachfolgende Brief des Marburger Anti-Eugenik-Bündnisses auf den Schreibtisch.

Anti-Eugenik-Bündnis Marburg
c/o K. Metz
Hofstatt 17
3550 Marburg

Marburg , den 1.02.92

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Merkel,

im Kreise der Gratulanten zur Verleihung des Jean-Améry-Preises möchten wir nicht fehlen. Schließlich haben wir in Funktion als Opposition maßgeblich zu Ihrem Ruhme beigetragen. Was wäre denn gewesen, wenn Sie still und heimlich für die Diskussion mit Singer eingetreten wären und keiner hätte sich gerührt? Wer hätte dann den Preis bekommen?
Sie als redlicher Kämpfer für die Meinungsfreiheit - wir können Stolz auf Sie sein.
Und es ist ebenfalls Ihr Verdienst, Peter Singer der Öffentlichkeit näher gebracht zu haben. Dank Ihres unermüdlichen Einsatzes können wir Deutsche unsere Vergangenheit endlich vergessen und dürfen wieder unverblümt über das Lebensrecht anderer diskutieren - alles, weil ein Australier mit gottlob jüdischer Herkunft für uns schon einmal vorgedacht hat. Das enthebt uns selbstverständlich jeder faschistischer Dünkel. Parallelen zur Ausmerzungsideologie sind rein zufällig.



Singer und seine Apologeten sind schließlich in einer Zeit unerläßlich, wo die Medizin uns die Möglichkeit schafft, fast unmerklich den Tod herbeizuführen. Kann denn jemand sich davon freisprechen, in Kontakt mit einer Unperson zu kommen? Mit diesem unendlichen Leid konfrontiert zu werden? Nein! Und die Antwort kann selbstverständlich nur lauten: wech damit (da Sie als Pflegekraft ja offensichtlich auch ausfallen).
Wir wissen, Herr Merkel, so einfach ist das natürlich nicht. (Obwohl uns oft der Verdacht kommt, daß es so einfach gemeint ist. Nur philosophisch verbrämt klingt es selbstverständlich wissenschaftlicher, objektiver und vor allem emotionsloser, denn Emotionen verleiten uns zu falscher Entscheidung, das wissen wir spätestens seit Kant. Schließlich ist nicht Empirie unsere Tradition, sondern die intellektuelle Schreibtischtat!)

Ihr Kampf für die Meinungsfreiheit ist ihr unmißverständliches Eintreten für die Demokratie. Aber möchte diese sich nicht vor allem für den unbedingten Minderheitenschutz auszeichnen? Und wenn diese Minderheiten sich nicht mehr geschützt fühlen und sich nun zu Wort melden bzw. auch zur Tat schreiten, rührt das nicht an Ihr bürgerliches Demokratenherz?

Mit diesen kleinen nachdenklichen Anmerkungen möchten wir unseren Glückwunsch beschließen.

Anti-Eugenik-Bündnis Marburg



LESERINNEN- UND LESERBRIEFE

LeserInnenbrief zum Magazinbeitrag 'NEUES VON BUS UND BAHN', Heft Nr. 5/6 91

Liebe FreundInnen,
das sollte wohl ein schlechter Scherz sein in euerer Oktober-Dezemberausgabe, die Äußerung eines selbst betroffenen Mitglieds unseres Arbeitskreises als offizielle Verlautbarung der Verkehrsbetriebe München darzustellen und auf diese Weise sie gleich mit der offiziellen Verlautbarung einer anderen Stadt über einen Kamm zu scheren und damit abzutun.

So nebensächlich wie ihr das Problem der Rollstuhlgrößen beim öffentlichen Nahverkehr abtut, ist es leider nicht. Es ist durchaus im Interesse von RollstuhlbenutzerInnen zu wissen, daß bestimmte Rollstuhlgrößen (vor allem die sogenannten Outdoor-Rollstühle und auch die mit den großen Vorderrädern) nicht vereinbar sind mit der Benutzung der jetzt üblichen Niederflurbusse mit Hublift (MAN, Neoplan, Mercedes). Weil man damit das Nadelöhr zwischen den Vorderrädern zum Rollstuhlstellplatz nicht schafft, was seine Ursache in der niedrigen Bodenhöhe der Niederflurbusse hat. Die Rollstuhlhersteller haben kein Interesse diese Information weiterzugeben. Für RollstuhlbenutzerInnen, die für ihre Mobilität den öffentlichen Nahverkehr nutzen wollen, ist sie aber wesentlich.
Die Unterstellung, wir wollten einen Einheitsrollstuhl oktroyieren, ist bösartig und Blödsinn.

Mit freundlichen Grüßen

Carola Walla, Geschäftsführerin des Facharbeitskreises Mobilität, im Städtischen Arbeitskreis Probleme Behinderter, München

LeserInnenbriefe zum Artikel 'The same procedure as every year / REHA '91 - Nachschlag', Heft Nr. 5/6 91

Der Autor des Artikels, Jörg Fretter, schreibt u.a.: "Der BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter; Anm. d. Red.) selbst ließ sich und seine Argumente durch die Journalistin Sigrid Arnade (Köln) vertreten."

Richtig daran ist, daß ich Sigrid Arnade heiße, Journalsistin bin und in Köln wohne. Mit dem BSK jedoch verbindet mich lediglich meine Mitgliedschaft, also genausoviel oder -wenig, wie mich mit dem Mieterverein, der IG Medien, dem Jugendherbergswerk und dem CeBeeF Köln verbindet.

Jörg Fretter hielt es nicht für nötig, sich zu informieren, wer, warum, in welcher Funktion auf dem Podium saß. (Für einen Mann vielleicht schwer zu begreifen: Sogar Frauen besetzen manchmal Positionen einfach aufgrund ihrer Sachkompetenz). Außerdem hat er offensichtlich nicht bemerkt, daß ich neben der Moderatorin die einzige Frau auf dem Podium war. Es war dem Autor nicht möglich, daraus einen Zusammenhang mit meiner Anwesenheit auf dem Podium herzustellen. Bedauerlich finde ich, daß dieser Zusammenhang ihm nicht einmal durch meine Wortbeiträge bewußt geworden ist. Zu seinen Gunsten nehme ich aber an, daß er einfach nicht zugehört hat - sonst könnte er schließlich nicht allen Ernstes meine Argumente als BSK-Argumente bezeichnen.

Sigrid Arnade, Köln

Also ehrlich, es machte mir richtig Laune, mir den neuen literarischen Wind der 'randschau' um meine dumpfe BSK-Nase wehen zu lassen! Ja, ja! Flockig, lokker, leicht geschrieben, auch das Märchen, das die bösen Kinder vor den gar gräßlichen Folgen der ADG-Veranstaltung auf der REHA warnte.

Doch wie es in der Literatur so üblich ist: Die besten Geschichten sind die gut erfundenen und die stimmen genausowenig wie die vorliegende mit der Wirklichkeit überein. Ob der Berichterstatter garnicht dagewesen sein sollte? Das hohe Fiktionsniveau spräche dafür. Doch andererseits könnte ich schwören, Jörg Fretter höchstpersönlich im REHA-Presseclub gesehen zu haben. Wie dem auch sei: Zur Not könnte ich ihm noch einen - leider sehr phantasielosen - Videomitschnitt der ADG-Veranstaltung zum Nachbetrachten anbieten.

In Ehrfurcht erstarrt: H.-Günther Heiden, BSK-Bonn



VOR-schau

Postvertriebsstück * Gebühr bezahlt
'die randschau', Mombachstraße 17, 3500 Kassel

G 7955 F

In der März/April Nummer gibt es den Schwerpunkt: **'Ambulante Dienste'**. Geplant sind zudem Artikel zu 'FOKUS-Wohnmodellen'; ein Interview mit Marilyn Golden aus den USA zu Anti-Diskriminierungs-Gesetzen; und ein Beitrag über den Gerichtstermin Gusti Steiner ./ DGHS.

ERSCHEINT ENDE APRIL

Spendenaufruf: KOHLE LOCKER-MACHEN

Ohne Kohle läuft NIX, so lautet eine alte Projekteweisheit. Dies gilt selbstverfreilich auch für die *'Zeitschrift für Behindertenpolitik'*. Wir wollen ***'die randschau'*** künftig aktueller, flexibler und regelmäßiger erscheinen lassen. Den ersten Erfolg seht Ihr schon an diesem Heft. Aber wir wollen noch viele solcher Erfolge sehen. Deshalb benötigen wir Geld. Aber damit diese Bitte nicht ganz unkonkret im Raum steht, hier die Dinge, die wir anschaffen wollen:

für den Satz
* 1 schnellen Computer (für Fortgeschrittene), mit dem wir in den Desktop-Publisching-Bereich einsteigen können (um die 3.500 DM)
* 1 19 bis 20" - Monitor (für den Satz und die sehbehinderten RedakteurInnen), (Kosten 4.500 bis 5.000 DM)
* 1 DTP-Programm (PAGEMAKER 4.0) (schlappe 2.500 DM)
* 1 Flachbrett-Scanner (3.000 DM und aufwärts)

für die redaktionelle Kommunikation
* 2 bis 3 FAX-Geräte (4.000 bis 6.000 DM)

Wer uns jetzt für völlig durchgeknallt hält, hat sicher recht. Natürlich greifen wir hier zu den Sternen. Wir sind bei verschiedenen Stiftungen dran, immer wieder mal, solche Dinge zu beantragen. Bis jetzt ist da erst einmal Pustekuchen.
Außerdem werden wir NICHTS davon anschaffen, bis unsere gesamte finanzielle Situation sich gebessert hat!!!

Denn so lange:
* wie wir um jede Briefmarke fürchten müssen, die wir zu viel kaufen
* wir uns selbst nicht zumindest die anfallenden Fahrtkosten erstatten können
* oder geschweige denn Honorare für die angefragten Artikel zahlen können
WERDEN DIESE WÜNSCHE SEIFENBLASEN BLEIBEN!!!

Wir brauchen EURE SPENDEN!
Wählerisch sind wir dabei immer noch nicht. Wir nehmen jede Spende, sei sie auch noch so klein (oder hoch!). Weil wir nicht an den Geld-schweren Mäzen glauben, der ab morgen vor unserer Tür steht und mit einem Bündel voller Scheine winkt; sind wir auf EUCH angewiesen!

Auch Ihr könnt künftig davon profitieren!!!
'die randschau' würde Euch regelmäßiger erreichen.
'die randschau' wäre Euch (in Maßen) dankbar (kommt nicht so oft vor).
'die randschau' könnte weiterhin ein möglichst unabhängiges und querschießendes Blatt sein.

Es gibt, ob Ihr es glaubt oder nicht, viele gute Gründe uns zu unterstützen!

Spenden bitte auf das Konto: Ce Be eF Köln e.V. - 'die randschau', Konto-Nr. 153 30-508 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Stichwort: Spende
Diesmal ist es die richtige Kto.-Nummer!
(Bei einem Vermerk "Quittung" auf dem Überweisungsträger und der Angabe Euerer vollständigen Anschrift, erhaltet Ihr automatisch eine steuerlich voll abzugsfähige Spendenbescheinigung vom Ce Be eF Köln e.V.)